

Kreistag des Landkreises Altenburger Land
Kreistag

Niederschrift

KT/006/2025

der 6. Sitzung des Kreistages - **öffentlicher Teil** - am Mittwoch, dem 02.04.2025, im
Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Landschaftssaal

Anwesenheit:

Landrat

Melzer, Uwe

AfD-Kreistagsfraktion

Beer, Tommy

Göring-Kube, Antje

Kühne, Sven

Meewis, Holger

Oehler, Bernd

Schmidt, Jens

Scholze, Andreas

Senftleben, Thomas

Spöhr, Mirko

Weber, Ronny

CDU/FDP-Fraktion

Backmann-Eichhorn, Kathrin

Dathe, Ronny

Greunke, Marcel

anwesend bis 19:46 Uhr (bis TOP 5)

Gumprecht, Christian

Hermann, Rolf

Neumann, André

Nündel, Thomas

Reinboth, Gerd

Tanzmann, Frank

Vohs, André

Weiß, Torsten

Zetsche, Andreas

Zippel, Christoph

SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Läbe, Hendrik

Paulicks, Alexander

Rath, Doreen

Schrade, Sven

Toll, René

Fraktion DIE LINKE.Altenburger Land

Eißing, Mandy

Plötner, Ralf

Seifert, Susann

Sojka, Michaele

Tempel, Frank

Fraktion STARKE HEIMAT

Lahr, Thomas

Morgenstern, Thomas

Quellmalz, Lars
Schütze, Frank

Fraktion DIE REGIONALEN

Gerth, Ralf
Helbig, Christine
Liefländer, Klaus-Peter

Geschäftsführer

Bonert, Tatjana

Fachbereichsleiter

Just, Frank
Wenzlau, Bernd

Fachdienstleiter

Apel, Michael
Heiner, Jens
Noll, Matthias
Seiler, Birgit
Wiechert, Silvia
Wolf, Thomas

Schriftführung

Albrecht, Angelika
Gabler, Kerstin

weitere Teilnehmer

Ducklaus, Franziska
Hahn, Janine
Häntzschel, Lisa
Meißner, Katrin
Roh, Sabrina

Entschuldigt:

AfD-Kreistagsfraktion

Hoffmann, Thomas
Leibnitz, Carsten
Philipp, Heiko
Tänzler, Manuela

CDU/FDP-Fraktion

Pradel, Henrik, Dr.

SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Helbig, Carsten

hauptamtl. Beigeordneter

Bergmann, Matthias

Vorsitz: Christian Gumprecht
Schriftführung: Angelika Albrecht, Kerstin Gabler
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:40 Uhr
Verlauf der Sitzung:

Der Vorsitzende, Herr Gumprecht, eröffnet die 6. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und Beschlussfähigkeit besteht. Die folgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Tagesordnung:**Drucksachen Nr.**

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 2 | Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung vom 5. Februar 2025 | |
| 3 | Informationen des Landrates | |
| 3.1 | Bericht über die Umsetzung des Projektes "Regionalverkehr verbindet" | |
| 4 | Verschiedenes | |
| 4.1 | Anfragen aus dem Kreistag | |
| 4.2 | Allgemeine Aussprache gem. § 11 a Geschäftsordnung des Kreistages | |
| 5 | Schulnetzplan für die allgemein bildenden Schulen in Trägerschaft des Landkreises Altenburger Land, Zeitraum 2025 - 2030 | KT-DS/0077/2025 |
| 6 | Kommunaler Aktionsplan für Menschen mit Behinderung | KT-DS/0079/2025 |
| 7 | Entsendung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern in den "Örtlichen Beirat" des Jobcenters Altenburger Land | KT-DS/0078/2025 |
| 8 | Erstellung eines Personalbedarfskonzeptes für die Verwaltung des Landkreises Altenburger Land | KT-DS/0080/2025 |
| 9 | Berufung eines sachkundigen Bürgers in den Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau (Antrag der AfD-Fraktion) | KT-DS/0076/2025 |
| 10 | Berufung eines sachkundigen Bürgers in den Finanzausschuss (Antrag der AfD-Kreistagsfraktion) | KT-DS/0075/2025 |

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende Herr Gumprecht eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Als erstes erhält Herr **Sebastian Haubner** aus **Dobitschen** das Wort. Er möchte die Gelegenheit nutzen, um seine Beobachtungen zum Thema „Nahverkehr verbindet“, welches heute auch als TOP 3.1. auf der Tagesordnung steht, kundzutun. Er wendet sich als direkt Betroffener und auch sehr besorgter Anwohner der Gemeinde Dobitschen an den Kreistag.

Er bemerkt, dass er seit gut acht Monaten den Nahverkehr auf den Buslinien 680 und 570 (Schmölln-Meuselwitz Hin- und Rückverkehr und Altenburg-Dobitschen) beobachtet und feststellen muss, dass im späteren Nachmittagsverlauf bis in die 23-Uhr-Nachtstunden im Wochenbetrieb und im Wochenendbetrieb bis 20 Uhr gehäuft Busse fahren, in denen kein einziger Passagier sitzt. Für ihn seien das mittlerweile Geisterbusse. Er wisse nicht, was es für einen Sinn machen könnte, dass die Busse in dieser engmaschigen Frequenz – 40/45-Minuten-Taktung – über beengte Straßen fahren und an Bushaltestellen einbiegen, die für diese Auslastung baulich nicht geplant sind. Dieser engmaschige Verkehr stehe in keiner Weise zu dem Bedarf der Einwohner.

Er sei die Busse selbst in alle Richtungen zu den unterschiedlichen Tageszeiten auch mitgefahren, er beobachte nicht nur als Anwohner. Er sei zu unterschiedlichen Zeiten der einzige Fahrgast gewesen.

Natürlich müssen statistische Auslastungszahlen als fundamentale Grundlage dienen, um das ganze Projekt weiterzuführen bzw. anzupassen. Wird der wirkliche Bedarf, den die Einwohner im ländlichen Bereich haben, in Betracht gezogen? Finden entsprechende Anpassungen statt, gerade in den Abend- und Nachtstunden? Es gehe vor allem darum, dass man auch als Anwohner Gehör finden muss. Er sei nicht ohne Grund aufs Land gezogen. Natürlich sei er froh, wenn es Nahverkehr gibt, aber dieser müsse auch bedarfsgerecht sein. Wenn er sieht, dass diese Auslastung nicht gegeben ist – dies schade der Lebensqualität auf dem Dorf; die Straßen, die Gräben werden durch die 12-

TonnerBusse zerstört, die über 60 Mal durch die engen Straßen fahren. Die Entscheidungsträger muten dies den Anwohnern zu. Das mache auf Dauer krank. Dies sei seine Sorge.

Herr Melzer verweist darauf, dass heute die ThüSac-Geschäftsführerin Frau Bonert im Kreistag anwesend ist, um über das Projekt „Regionalverkehr verbindet“ zu berichten.

Herr Melzer bedankt sich für die Darlegung seiner Erfahrungen. Das Gesagte werde er aufgreifen. Es sei nicht im Sinn, Busse fahren zu lassen, in denen keiner sitzt. Dies passiere sicherlich ab und zu (Leerverkehr), aber das werde im Aufsichtsrat besprochen. Dahingehend müsse genau geschaut werden, warum das so ist. Grundsätzlich sei es so, dass der Busverkehr im Altenburger Land – außer Stadt Altenburg und Stadt Schmölln – schulbusorientiert ist, d. h. die Kinder müssen in die Schulen befördert werden. Dies sei die Grundlage gewesen, aber die Anbindung des ländlichen Raumes sollte auch verbessert werden. Deshalb wurde das Projekt gestartet – aufgliedert in drei Phasen.

Herr Melzer geht näher auf die vier Bausteine ein und erörtert die Projektphasen.

Weitere Ziele seien die Optimierung des Stadtverkehrs Altenburg als auch die Anbindung des Südbereiches des Landkreises. Das koste aber Geld und sei vollumfänglich kreisumlagewirksam.

Frau Bonert wird die Auswertung des letzten Quartals nachfolgend im Kreistag vorstellen.

Ein weiterer anwesender Bürger meldet sich zu Wort: **Olaf Fahr** aus **Schmölln, OT Dobra**. Er fragt nochmals wegen der Kreisstraße K 529. Er verweist auf die Anfrage in der KTS am 27. November 2024 und die schriftliche Nachfrage in der KTS am 5. Februar 2025.

Im November sei ihnen erklärt worden, dass es zu teuer für einen grundhaften Ausbau, inkl. Straßenverbreiterung etc. ist. Dies sei aber nicht das Anliegen der Anwohner, da der Unterbau der Straße stehe und noch vorhanden ist. Es gehe nur um die Oberflächenbehandlung – abfräsen und neu auftragen.

Herr Wenzlau, Leiter des Fachbereiches Bildung und Infrastruktur, beantwortet die Nachfrage. Unter dieser Straße befinde sich eine zementgebundene Tragschicht, auf die man nicht einfach 5 cm Asphalt bauen kann und das dann hält. Im unteren Bereich, der zur Ortslage führt, werden auf jeden Fall Ausweichstellen benötigt. Es könne nicht gesagt werden, dass im Bestand gebaut wird und wenn sich dann zwei begegnen, gebe es ein Problem. Die Straße werde auch mit in die Planung aufgenommen, aber er könne nicht sagen, dass diese morgen oder übermorgen gebaut wird. Man habe sich die Straße angeschaut, diese aufgemessen und die Verwaltung wisse, was zu tun ist und wie viel Geld dafür benötigt wird.

So wie es passt, werde ein erster Abschnitt gebaut werden; ob dies der untere Abschnitt ist, für den Grunderwerb von Eigentümern links und rechts der Straße benötigt wird, oder ob der obere Abschnitt gebaut wird, könne er im Augenblick noch nicht sagen.

Herr Fahr ergänzt, dass die Straße seit 50 Jahren befahren wird und noch nie etwas passiert sei. Er verstehe nicht, warum jetzt unbedingt die Straße verbreitert werden muss. Mit ein bisschen gegenseitiger Rücksichtnahme sei noch nie ein Unfall passiert.

Wenn der Landkreis etwas baut, soll auch etwas verbessert werden und nicht nur der Ist-Zustand hergestellt werden, so Herrn Wenzlau. Die Straße werde nicht auf 5,50 m ausgebaut werden. Er habe gesagt, dass punktuell Aufweitungsbereiche gemacht werden müssen, damit eine leichtere Begegnung von Verkehren ermöglicht werden kann. Dies werde überall so gebaut, wo es schmale Straßen gibt, auch zwischen Wildenbörten und Dobra. Wenn es „angefasst“ wird, dann wird es so gemacht. Es bedeute auch nicht den großen Mehraufwand, diese Aufweitungsbereiche zu bauen.

Herrn **Björn Klein** aus **Ponitz** tritt ans Mikrophon und möchte zum TOP 5 – Schulnetzplanung sprechen.

Es gebe nichts Schöneres als wenn man als kleines Kind mit seinen Freunden alle Gruppen im Kindergarten erlebt und dann nur ein paar Meter weiter gemeinsam

Zuckertüten vom Baum holt und die ersten vier Schuljahre gemeinsam verbringt – dies alles in einer tollen Dorflage, verkehrsberuhigt, mit einem neu gestalteten Schulgarten, einer Turnhalle und einem großen Schulhof mit angrenzendem Spielplatz.

Dies durften viele Ponitzer erleben. Diese Möglichkeit sollte auch im ländlichen Raum bleiben, wenn solche Gegebenheiten bzw. Grundlagen seit vielen Jahren vorhanden sind. Seit fast zwei Jahrhunderten werden Ponitzer Schüler auf dem Pfarrberg unterrichtet. Er denke, dass es immer eine Lösung gibt, vor allem wenn es um die Bildung unserer Kinder geht.

„Sehr geehrter Herr Melzer. Wird uns der Landkreis Altenburger Land als Schulträger mit für Ponitz positivem Beschluss der Schulnetzplanung bei dem Bestehen der Schule Ponitz als Schulteil von Gößnitz unterstützen, dass die Schule beschult wird? Wenn ja – In welcher Form kann man mit der Unterstützung Ihres Landkreises rechnen?“

Herr Melzer erklärt, dass es Beschlusslage des Kreistages ist, über den Schulnetzplan zu entscheiden. Es sei nicht einfach nur ein Plan, sondern es sei eine Entwicklung, wie es in den nächsten Jahren weitergeht. Im Verlauf der Kreistagsitzung werde darüber beraten und dann werde es eine Entscheidung geben, was die Schulen im Altenburger Land betrifft, die in diesen Schulnetzplan integriert sind.

Herr Dr. Peter Diedrich aus **Ponitz** erhält das Wort. Er möchte dem Kreistag, Herrn Landrat Melzer sowie dem KT-Vorsitzenden Herrn Gumprecht einige Überschriften von Zeitungsartikeln in der OTZ der letzten Monate zur Kenntnis geben.

Es gebe zu dieser bereits erwähnten Grundschule/Filialschule Ponitz schon lange Bemühungen, den Standort zu erhalten. Der Kindergarten mit inzwischen ausgebauten 75 Kindergartenplätzen sei voll. Der Kreistag wird gebeten, dieses Filialschulmodell zu erhalten, auch mit Hinblick darauf, dass zukünftige Entwicklungen nicht verbaut werden.

Der letzte Titel vom 28. März lautet „Integration der Ponitzer Kinder in Gößnitz ist gelungen“. „Nach Schulschließung in Ponitz zeigen Gößnitzer Eltern ihre Perspektive, wie Schulalltag trotz voller Klassen gelingt“.

Artikel vom 25. März 2025: „Lehrermangel bedroht Ponitzer Kindercampus – ein Dorf kämpft verzweifelt um seine Schule – während in Ponitz Turnhalle, Schulgarten, Werkraum bereitstehen, fehlt das Wichtigste: Lehrer“.

Herr Dr. Diedrich führt weiter aus, dass der Gemeinderat Ronny Lorenz, der Vorsitzender des Ponitzer Schulfördervereins ist, im benachbarten Sachsen zwei ausgebildete Grundschullehrerinnen überzeugt hat, sich bei uns in Thüringen zu bewerben und das dazu noch keine positiven Äußerungen seitens des Schulamtes vorliegen.

Die in der Presse kursierenden Mitteilungen, es würden sich Seiteneinsteiger bewerben und – logischerweise – nicht genommen werden, hätten damit nichts zu tun.

Bezüglich der von Herrn Wenzlau geschätzten erforderlichen 100.000 Euro zur Brandschutzsanierung gebe es Möglichkeiten, über den Förderverein zu helfen, damit es nicht zu teuer wird, so Herr Dr. Diedrich.

Abschließend äußert Herr Dr. Diedrich, dass bedacht werden soll – „kurze Beine – kurze Wege“. Dies sei die eine Seite. Vielleicht sollte aber auch die Historie betrachtet werden, dass viele Eltern und Großeltern dort zur Schule gegangen sind und das auch jahrelang Geld von der Gemeinde investiert wurde und das argumentiert wird, dass Ponitz ein geeigneter Filialstandort ist. Er habe 93 Unterschriften gesammelt und er habe immer wieder junge Familien mit Kindern im Kindergartenalter angetroffen, die geäußert haben, dass sie extra hergezogen sind, um diesen Vorteil einer Grundschule im dörflichen Bereich mit kurzen Wegen in Anspruch zu nehmen. Es wäre für viele eine beruhigende Antwort, wenn der Kreistag diesem Modell noch eine Chance gäbe.

Herr Melzer richtet sich an Herrn Dr. Diedrich. Er würde jetzt das gleiche sagen wie bei den Vorrednern. Er verweist auf den Tagesordnungspunkt zum Thema Schulnetzplanung. Herr Dr. Diedrich habe auch keine Frage gestellt.

Ihm sei die Tragweite bewusst – natürlich habe sich die Verwaltung über den Schulstandort Ponitz Gedanken gemacht. Der Entwurf liege vor. Zwei Änderungsanträge liegen ebenfalls vor. Darüber müsse diskutiert und letztendlich der Schulnetzplan beschlossen werden. Er selbst mache Schulnetzplanung seit 2004 und habe darüber auch schon gemeinsam mit Herrn Dr. Diedrich debattiert. Es gehe nicht um Investitionen, es gehe um Schülerzahlen und jetzt gehe es um gravierenden Lehrermangel und wie mit den Schulstandorten umgegangen wird. Er wolle der Diskussion unter dem TOP Schulnetzplanung aber nicht vorgreifen.

Frau Kristina Stellmach, Sozialarbeiterin im Landratsamt, ergreift das Wort.

Sie fragt, welche Maßnahmen diese Kreisverwaltung bisher ergriffen hat, um die Digitalisierung zu beschleunigen, um an irgendeiner Stelle die künstliche Intelligenz einzusetzen, um Bürokratie abzubauen und Prozesse in Verwaltungen zu beschleunigen. Was die Schulen betrifft, so Herr Melzer, bestätigt er, hänge der Landkreis hinterher. Es gebe bei weitem nicht die Voraussetzungen in den jeweiligen Schulstandorten, was Digitalisierung betrifft. Bei einigen Schulen sehe es gut aus, bei anderen gebe es Nachholebedarf. Er verweist auf das Förderprogramm, welches 2024 ausläuft. Im Kreistag wurde dazu diskutiert, was bereits geschafft wurde und was nicht und an welchen Stellen noch gearbeitet werden müsse. Er hoffe, dass die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden, wenn möglichst nicht in knapper Zeit.

Das Thema Digitalisierung in der Verwaltung sei sehr umfassend – das könne er jetzt nicht vollempfänglich darstellen.

Frau Stellmach wirft ein, sie meinte nicht speziell auf Schule bezogen, sondern was im Landratsamt getan wird, um zu digitalisieren.

Auch das sei bereits diskutiert worden, so Herr Melzer, mindestens das Thema DMS, Digitalisierung in der Verwaltung. Da sei man dran. Es sei Technik angeschafft worden und es gebe Arbeitsprozesse in den einzelnen Fachbereichen. Stück für Stück gehe es voran. Es gebe ein kleines Team IT/Organisation.

Frau Bärbel Heyland aus **Dobra** hat eine Wortmeldung. Sie bezieht sich auf die Wortmeldung von Herrn Fahr aus Dobra betr. Kreisstraße K529. Sie bittet abschließend noch um eine schriftliche Stellungnahme, wie es auch protokollarisch in der Niederschrift der letzten KT-Sitzung festgelegt wurde.

Als nächstes meldet sich Herr **Ronny Lorenz** vom **Schulförderverein der Grundschule Ponitz** zu Wort.

Einleitend berichtet er, dass man sich im letzten und in diesem Jahr mit der Grundschule Gößnitz und den Elternvertretern auf einem guten Weg befunden habe. Die Grundschule Gößnitz habe keinen eigenen Förderverein. Man sei gerade dabei gewesen zusammenzuwachsen, die Satzung zu ändern und einen Förderverein für die gesamte Schule – Gößnitz und Filiale Ponitz – zu gründen.

Am 1. April 2025 habe ein Termin mit dem Schulamt Ostthüringen stattgefunden. Unter anderem sei zum „100-Tage-Programm“ des neuen Bildungsministers informiert worden. Um Lehrerkapazitäten zu schaffen soll ein sog. Cluster-Modell vorgeschlagen werden, d. h. es sollen Schulen zusammengeschlossen werden, damit die Verwaltung optimiert wird und mehr Lehrkräfte vor den Schülern stehen können. Seines Erachtens sei es nichts Anderes als das frühere „Sprengel-Modell“, woraus dann das „Filial-Modell“ entstanden ist.

Herr Lorenz möchte wissen – wenn das Cluster-Modell kommt – ob es dieses Mal vom Landkreis bekleidet wird, so dass auch die Schulgemeinschaften zusammenwachsen können. Weiß Herr Melzer etwas vom Cluster-Modell?

Er kenne zwei ausgebildete Lehrerinnen, die bereits vor sechs Jahren nach Ponitz kommen wollten. Diese seien damals abgelehnt worden, haben aber auch weiterhin

Interesse, an die Ponitzer Schule zu kommen. Es gebe aber ein großes Kontaktproblem. Wenn das Schulamt anruft, stehen die Lehrerinnen vor den Klassen, später sei im Schulamt niemand mehr zu erreichen.

Er fragt, ob über den Landkreis eine Möglichkeit gefunden werden kann. Die Beiden kommen aus dem westsächsischen Raum und möchten an einer Schule im Altenburger Land bleiben, wenn denn die Filiale Ponitz geschlossen werden sollte. Er denke, dass unabhängig von Ponitz eine Möglichkeit gefunden werden muss, dass es hier an den Schulen eine Bleibeperspektive gibt. Es wird ja auch nicht nur Ponitz das Problem haben, dass Lehrer fehlen, so Herr Lorenz.

Herr Melzer verweist auf eine gemeinsame Beratung mit dem Schulamt, bei der aber der Förderverein nicht anwesend gewesen sei. Zu der Beratung sei das Thema angesprochen worden. Herr Rader habe gesagt, dass die Lehrerinnen sich direkt an das Schulamt wenden können. Dann werde es innerhalb kürzester Zeit geklärt. Wenn die Lehrerinnen hier arbeiten wollen, können diese sich auch an das LRA wenden. Er werde dann versuchen, das weiterzuleiten. Lehrer werden überall benötigt.

Er selbst sei bei der Beratung am 1. April nicht dabei gewesen. Das „Cluster-Modell“ kenne er nicht, aber es werde ja kundgetan, welche Möglichkeiten der Kooperation es entsprechend dem Schulgesetz gibt. Bis jetzt sei das „Cluster-Modell“ noch nicht enthalten. In der Vergangenheit habe der Landkreis bereits zweimal versucht, Schulstandorte zu erhalten, indem Kooperationsmodelle gestartet wurden. In Meuselwitz-Lucka sei es kein Erfolgsmodell gewesen. Die Gründe seien allen bekannt. In Gößnitz-Ponitz habe dies auch keinen Erfolg, weil die Lehrer fehlen. Neue Modelle seien ihm noch nicht bekannt.

Herr Lorenz kommt auf die zwei Lehrerinnen zurück und berichtet, dass in 14 Tagen ein Termin mit der Schulleitung stattfindet. Er hofft, dass Ponitz noch so lange „in der Schwebe liegt“.

Der Vorsitzende erteilt Frau **Annemarie Benndorf** aus der Gemeinde **Ponitz** das Wort.

Es sei klar, dass es ihr eine Herzensangelegenheit ist, dass die Schule Bestand hat. An Herrn Melzer gerichtet, bemerkt sie, dass es das Problem von weniger Schülerzahlen und Lehrermangel gebe. Ist es dann aber die Lösung des Problems, die Schulen zu schließen, fragt Frau Benndorf.

Herr Melzer äußert, dass es bestimmt zwei unterschiedliche Sichtweisen gibt. Frau Benndorf sehe es evtl. aus Elternsicht, er sei aber Landrat des Altenburger Landes und er lege sehr viel Wert auf ein ausgewogenes Schulsystem. Er sitze seit 20 Jahren im Kreistag und in dieser Zeit habe man nicht einen einzigen Standort geschlossen. Immer wieder in den jahrelangen Diskussionen im Rahmen der Schulnetzplanung habe man über den Bestand der ganz kleinen Schulen diskutiert.

Beispielhaft geht Herr Melzer auf jahrgangsübergreifenden Unterricht und Schülerzahlen der vergangenen Jahre in Ponitz ein. Bisher habe sich der Kreistag immer für den Erhalt entschieden. Heute stehe Ponitz wieder zur Debatte. Die Schülerzahlen haben sich nicht verbessert, so Herr Melzer; 9 Anmeldungen für die 1. Klasse, 39 insgesamt. Vor zehn Jahren seien es auch nur 40 Kinder gewesen.

Die Gemeinde habe sich wunderbar entwickelt, aber die Schülerzahlen nicht.

Ponitz verzeichne einen guten Zuzug. Die demografische Entwicklung sei aber so, dass es Probleme in den Kindergärten geben wird; die Zahlen werden einbrechen. Dies könne in der Schulnetzplanung nachgelesen werden. Dies seien Fakten und der Kreistag müsse sich darüber verständigen, welche Schulstandorte offengehalten werden.

Frau Benndorf bestätigt, dass Ponitz eine wunderbare Gemeinde ist. Sie denke auch, dass so viel passiert ist und sie glaube daher auch, dass sie es verdient haben, dass die Schule Bestand hat.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Der Vorsitzende Herr Gumprecht schließt den TOP und geht zum nächsten TOP über.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 5. Sitzung vom 5. Februar 2025

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Die o. g. Niederschrift wurde mit 35 Ja-Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen genehmigt. Zwei Kreistagsmitglieder haben nicht mit abgestimmt.

TOP 3 Informationen des Landrates

Herr Melzer bemerkt, dass er mit einer besonderen Information beginnen wird.

Nach langem Bemühen vieler ehrenamtlich Tätiger und vieler Organisationen im Landkreis sei es geschafft worden, dass in Altenburg ein Hospiz entstanden ist.

Herr Uwe Burkhardt aus Altenburg möchte Anfang Mai eine große Spendenaktion und ein Benefizkonzert in Altenburg in der Brüderkirche veranstalten und erhält das Wort, um das Event vorzustellen.

Herr Burkhardt teilt mit, dass er bereits seit 20 Jahren mit der Sängerin und Entertainerin Dagmar Frederic befreundet ist. In diesen 20 Jahren fanden bereits 6 Benefizveranstaltungen statt und „Dagmar“ habe für die verschiedensten Vereine bereits über bisher 62 TEuro eingespielt. Mitte April werde Frau Frederic 80 Jahre alt und er habe mit ihr verabredet, noch eine 7. und 8. Benefizveranstaltung in Altenburg durchzuführen. Der Erlös solle dem Hospiz im Altenburger Land zugutekommen.

Er sei sehr stolz auf das Hospiz. Es habe bis zur Eröffnung 15 Jahre gedauert.

Sein Ziel sei es, finanziell die 1. und 2. Benefizveranstaltung im Jahr 2008 im Landestheater Altenburg zu übertreffen. Damals konnten 20.235 Euro dem Teehaus-Verein gespendet werden. Jetzt möchte er den Rekord mit 24.000 Euro brechen.

Die Konzerte finden am 3. Mai 2025 um 14 Uhr und um 19 Uhr in der Brüderkirche statt. Allein mit den Besucherzahlen werde er die 24 TEuro nicht erreichen. Daher habe er noch eine Spendenaktion ins Leben gerufen. 276 Unternehmen wurden mit der Bitte angeschrieben, dieses Projekt zu unterstützen. Viele hätten sich schon beteiligt, aber ca. 250 Unternehmen hätten sich nicht zurückgemeldet.

Das Schreiben sei mit dem Hinweis herausgegangen, die Karten zum Preis von 39,90 Euro evtl. an Menschen zu verschenken, die es sich nicht leisten können bzw. als Dankeschön an Ehrenamtliche.

Er verweist auf 10 Spendenboxen, die im Altenburger Land aufgestellt wurden, mit denen den „Gästen“ im Hospiz ein letzter Wunsch erfüllt werden soll.

Er würde sich um Unterstützung freuen und bedankt sich für die Zuwendungen.

Herr Melzer bittet Herrn Apel, Leiter des Fachdienstes Wirtschaft und Tourismusförderung, den neuesten Stand zum Thema Kohlemillionen darzulegen.

Die Information erfolgt mithilfe einer **Power-Point-Präsentation**, die im Kreistagsinformationssystem unter dem TOP „Informationen des Landrates“ eingestellt ist.

Herr Apel geht zunächst auf den Status der Rahmenbedingungen ein. Die Veränderungen in Bezug auf die Regierungsbildung in Bund und Land lösen Diskontinuitäten aus. Verschiedene Themen müssen von den neugewählten Parlamenten und Ausschüssen beraten werden. Auch wünsche man sich bei den verschiedenen Projekten eine Unterstützung im Bereich der Eigenanteile durch den Freistaat Thüringen. Dies gelinge nur, wenn der Freistaat Thüringen einen Haushalt für das aktuelle Jahr hat.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erörtert Herr Apel den Status der einzelnen sechs Projekte.

Für die Projekte werden vier durchgeführte Prüfungen benötigt. Nachdem der Antragsteller den Antrag im LRA eingereicht hat, müsse das regionale Begleitgremium und die Interministerielle Arbeitsgruppe zustimmen; das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle darf kein Veto einlegen und keine Fragen haben. Danach werde der Vollantrag bei der Bewilligungsstelle gestellt. Wenn diese alle Prüfungen abgeschlossen hat, gebe es den Bescheid.

Wenn Anträge den Landkreis als Institution betreffen, werde der Kreistag – wenn alle vier Stufen erfolgreich durchlaufen sind – darüber entscheiden, ob der Landkreis, vertreten durch den Landrat, diesen Antrag für den Landkreis stellen wird – bei Dingen, die uns unmittelbar betreffen, so Herr Apel abschließend.

Nachfragen werden keine gestellt.

Herr Melzer verweist darauf, dass das Schreiben von Minister Steffen Schütz, Ministerium für Digitales und Infrastruktur, betr. Bewerbung als ITF-Testregion (Integraler Taktfahrplan) in alle KT-Mappen verteilt wurde.

Weitere allgemeine Informationen gebe es nicht.

TOP 3.1 Bericht über die Umsetzung des Projektes "Regionalverkehr verbindet"

Der Vorsitzende Herr Gumprecht bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts für die Geschäftsführerin der ThüSac GmbH, Frau Bonert. Dieses wird einstimmig erteilt.

Herr Melzer bittet Frau Bonert, auf die eingangs in der Einwohnerfragestunde gestellten Fragen einzugehen.

Frau Bonert hält den Bericht unter Zuhilfenahme einer **Power-Point-Präsentation**, die im Kreistagsinformationssystem öffentlich eingestellt ist.

Sie führt aus, dass es inzwischen zur Tradition geworden ist, in regelmäßigen Abständen über die Entwicklung des Projektes zu informieren. Gern blicke sie auch auf den gesamten Landkreis, um zu schauen, wie sich der ÖPNV vor Ort entwickelt, vor allem in den Gebieten, in denen die Projekte umgesetzt wurden.

Frau Bonert geht auf folgende Schwerpunkte ein:

- Fahrgastentwicklung im Jahresvergleich
- Entwicklung der Stadtverkehre Altenburg und Schmölln
- Fahrgastentwicklung in den einzelnen RufBus-Regionen
- RufBus-Nutzung im Tagesverlauf und Abrufquote
- Abweisquote im RufBus

Betreffs der Bürgerfrage zu Dobitschen berichtet Frau Bonert, dass in den 5 Monaten im vergangenen Jahr ca. 1.000 Fahrgäste befördert wurden. Auch wenn der Bürger in der Wendeschleife bei der letzten Endhaltestelle keine oder selten Fahrgäste in den regionalen Linien angetroffen hat, seien fast 1.000 Menschen im RufBus zu der jeweiligen Linie befördert worden.

Im Besondern geht Frau Bonert auf die Fahrgastentwicklung im RufBus in der Region Dobitschen ein (2. Projektstufe). Sicherlich gebe es schnell die Äußerung, dass die Busse leer fahren. Dies sei immer eine Momentaufnahme. Es sei aber auch bekannt, dass solche Projekte Zeit benötigen, um bei der Bevölkerung anzukommen und genutzt zu werden. Daher werde auch immer die Zeit erbeten, nicht sofort reagieren zu müssen. Irgendwann seien die Angebote etabliert. „Wo Angebot ist, ist auch irgendwann Nachfrage da“, so Frau Bonert. Auch hier wäre es ihre Bitte, abzuwarten – die Nachfrage werde wachsen.

Herr Schrade möchte wissen, welche Fahrzeuge eingesetzt werden. Es sei wohl so, dass nicht nur die kleinen Fahrzeuge eingesetzt werden können, weil dies organisatorisch nicht anders gelöst werden kann. Er fragt Frau Bonert, ob perspektivisch neue Fahrzeugbestellungen geplant sind.

Ferner bittet Herr Schrade Frau Bonert um Überprüfung: An der Wendeschleife in Dobitschen halten die Busse relativ nah an der Hauptstraße Richtung Wohnbebauung bei laufendem Motor. Eventuell könnte sensibilisierend darauf eingewirkt werden, dass die Busse in der Wendeschleife halten und – wenn die Busse länger stehen – der Motor ausgemacht wird. Von den Busfahrern würde die Antwort kommen, dass der Motor nicht mehr startet, wenn es kalt ist. Er habe gedacht, dass diese Aussage aus dem letzten Jahrhundert stammt, so Herr Schrade.

Sie werde das Thema auf jeden Fall mitnehmen, so Frau Bonert.

Auch das Thema mit den Fahrzeugen in der Wendeschleife werde sie mitnehmen.

Welche Fahrzeuge werden eingesetzt? Das sei ganz unterschiedlich, bemerkt Frau Bonert. Das RufBus-System habe sich schnell etabliert. Es gebe oftmals Nachfragen von Kindergärten und Schulen, die Ausflüge im Landkreis-Gebiet machen. Das seien dann gleich mal 30 Personen und dann werde auch u. U. ein 12-m-Bus als RufBus eingesetzt. Ansonsten seien im RufBus-Bereich Nachauftragnehmer und die ThüSac selbst mit kleineren Fahrzeugen unterwegs. Der RufBus werde sehr oft und sehr gern genutzt, weil die meisten Schüler inzwischen die Schülerregionalkarte haben, d. h. man kann als Schulklasse umsonst fahren, weil das Ticket schon vorhanden ist.

Herr Tempel wohne in der Region, die noch nicht benannt wurde – in der Südregion Richtung Gößnitz/Ponitz. Dort beschwere man sich nicht über zu viele Busse, die durch die Dörfer fahren, sondern man hätte gern mehr Busse.

Er fragt, ob es möglich ist, einen Fahrgastvergleich zwischen den Regionen zu machen, auch auf die Einwohnerzahl bezogen. Er denke, dass auch in der Südregion viele das Deutschland-Ticket nutzen würden, wenn es denn möglich wäre. Kann verglichen werden, wie sich die Fahrgastzahlen im Süden des Kreises entwickeln im Vergleich zu den anderen Regionen, in denen bereits die Ausbaustufen gestartet wurden.

Das könne gern getan werden und das sei auch schon regelmäßig gemacht worden, äußert Frau Bonert. Heute habe sie aber die Unterlagen nicht mit dabei. Beim nächsten Bericht werde sie darauf eingehen.

Herr Senftleben hat eine Nachfrage im Zusammenhang mit den Fahrgastzahlen. Frau Bonert habe die Zahlen nach der Corona-Pandemie dargestellt. Ihn würde interessieren, wie die Zahlen vor der Pandemie waren und ob man zu den stärksten Zahlen vor der Krise einen Vergleich anstellen könnte.

Dies wäre eine Bitte für den nächsten Quartalsbericht.

Des Weiteren fragt Herr Senftleben zur Finanzierung des Deutschland-Tickets. Es habe diesbezüglich viel Kritik gegeben betr. der Gelder, die Bund und Land bereitstellen. Sind dadurch Mindereinnahmen entstanden? Wenn ja, kann die Höhe beziffert werden und wie werden diese Mindereinnahmen kompensiert?

Frau Bonert fragt, ob der Blick in die Vergangenheit oder in die Zukunft gemeint ist. Sowohl als auch, antwortet Herr Senftleben. Ist es noch eine „Katastrophe“? Funktioniert es jetzt besser? Bleiben Fehlbeträge übrig, die anderweitig kompensiert werden müssen?

Frau Bonert würde es fast noch als „Katastrophe“ bezeichnen; würde dies aber trennen. Aus der Sicht des Fahrgastes würde sie es als das Beste, was es je im ÖPNV gegeben hat, bezeichnen. Aus unternehmerischer Sicht sei es ein Stück weit komplizierter. In erster Linie erfolge die Berechnung nach wie vor mit Rückblick auf das Jahr 2019. Das Jahr 2019 sei zwar fahrgasttechnisch noch gut und gesund und vernünftig gewesen, aber das, was dazwischen passiert ist, d. h. Rückgänge bei Fahrgastzahlen und massive Kostensteigerungen, werde nicht berücksichtigt. Diese Diskrepanz werde mit den

reduzierten Einnahmen aus dem Deutschlandticket durch den Ausgleich von Bund und Land nicht „aufgefangen“. Dies sei die „Katastrophe“. Ob dies ohne Deutschland-Ticket anders oder besser gewesen wäre, mag sie nicht beurteilen. Die Entwicklung der Kosten wäre mit und auch ohne Deutschland-Ticket gekommen.

In den vergangenen Jahren sei der Nachteilsausgleich beantragt worden. Für das Jahr 2022 habe die ThüSac noch nichts erhalten; aber für das Jahr 2023 schon. Für das Jahr 2024 seien die Gelder ebenfalls beantragt worden. Eine Rückmeldung gebe es für 2024 noch nicht. Der Bund und die Länder hätten sich verständigt, dass es eine neue Aufteilung geben soll. Daher könne noch nicht beurteilt werden, was mit dem neuen System anders wird. Für das Jahr 2026 sei alles noch komplett offen. Diese fehlende Planungssicherheit sei schwierig, da nicht eingeschätzt werden könne, was am Jahresende passiert und welche Gelder fließen.

Frau Seifert spricht ein Thema an, welches am 1. April in der Beratung mit den Kreiselterntervertretern angesprochen worden ist. Es betreffe Schüler aus Großröda, die auf dem Weg ins Gymnasium Meuselwitz an irgendeiner Stelle ein Problem haben, einen RufBus zu erreichen. Die Schüler müssen dann eine längere Strecke nach Hause zu Fuß zurücklegen (Schnittstelle in Posa).

Frau Bonert bittet um konkretere Aussagen – war der Rufbus nicht verfügbar oder ist der Bus nicht gekommen.

Frau Seifert meint, dass die Elternvertreter auf Frau Bonert zukommen werden.

Frau Seifert spricht einen weiteren Sachverhalt an. Durch den Brückenbau in Kotteritz sei auch dort kein Busverkehr möglich. Dort seien auch Kinder betroffen, die mit Taxis zur Schule transportiert werden. Die Schüler würden teilweise eine Stunde im Taxi sitzen. Sie fragt, ob das auch anders organisiert werden kann.

Frau Bonert schlägt vor, dass Frau Wiechert etwas dazu sagt. Die ThüSac führe den Schülerverkehr nur aus.

Der Vorsitzende Herr Gumprecht äußert, dass das sehr konkrete Fragen sind und schlägt vor, diese im Zwiegespräch zu erörtern.

Frau Sojka bedankt sich, dass bereits im Jahr 2012 – durch Förderung des Bundes – begonnen werden konnte, mit Verkehrsplanern zu überlegen, was man machen könnte, um den ländlichen Raum nicht abzuhängen. Dabei seien diese vier Projektphasen herausgekommen, von denen zwei bereits in der Umsetzung sind. Ihr größter Wunsch sei es, dass die anderen beiden Projektphasen ebenfalls noch starten, vor allem vor dem Hintergrund, dass sie wisse, dass der Altenburger Stadtverkehr nicht optimal ist. Sie habe gehört, dass die Planung für die Phasen 3 und 4 schon relativ weit vorangeschritten ist. Dies würde sie gern bestätigt haben – dass es eigentlich nur am Kreistag liegt, die entsprechenden Gelder freizugeben bzw. an den Bundestagsabgeordneten, dass der ÖPNV einen höheren Stellenwert bekommt und wirklich das Geld zur Verfügung gestellt wird und der ländliche Raum wirklich angebunden werden kann.

Wenn es geschafft wurde, die Projekte in diesen vier Regionen umzusetzen, wünsche sie sich abschließend, dass alle Schülerinnen und Schüler eine Schülerfahrkarte bekommen, damit die vorhandenen kulturellen Angebote für alle nutzbar sind. Diesbezüglich müsste herausbekommen werden, was das kosten würde und ob das nicht zur Lebensqualität gehört, dass Schülerinnen und Schüler alle Angebote nutzen können, auch im Hinblick darauf, dass es in den Grundschulen 30 % Schulausfall gibt. Die Chancen, die der Landkreis hat, sollten genutzt werden.

Frau Bonert äußert, dass die ThüSac mit dem neuen Minister im Austausch stehe und Sorgen und Probleme bereits angebracht wurden. Leider habe es auch vom neuen Verkehrsminister eine Ablehnung gegeben, dass wir Testregion werden. Man werde aber nicht lockerlassen.

Die weiteren Projektphasen seien geplant und müssten noch durch den Kreistag bestätigt werden, bemerkt Frau Bonert abschließend.

Herr Morgenstern kommt auf die Thematik RufBus zu sprechen. Frau Bonert hatte 96 Fahrgäste am Tag erwähnt. Er möchte wissen, wie viele Busse dahinterstehen.

Frau Bonert antwortet, dass in jeder Region ein Bus dahintersteht. Es gebe 6 Regionen und in jeder Region sei ein Bus unterwegs.

Herr Melzer möchte wissen, wie der Planungsstand betreffs Stadtverkehr Altenburg ist. Letztendlich müsse der Kreistag beschließen, ob es gewollt ist oder nicht.

Ferner bezieht sich Herr Melzer nochmals auf die Aussage eines Einwohners in der Einwohnerfragestunde. Der Bürger habe zu zwei konkreten Linien gesagt, dass diese aller 45 Minuten fahren und leer sind. Das würde er gern näher erläutert haben.

Frau Bonert äußert, dass sie sich die Thematik auf jeden Fall nochmals anschauen werde. Ob die Busse im 45-Minuten-Takt dort ankommen, könne sie nicht beurteilen. Klar sei, dass es ein Knotenpunkt ist. Die Fahrzeuge kommen zur gleichen Zeit an, Fahrgäste werden ausgetauscht und dann fahren die Busse weiter. Dafür sei ein Knoten da. Klar sei auch, dass an der Endstation oftmals die Busse leer sind. Die ThüSac sei gerade dabei zu untersuchen, wie viele der Linien tatsächlich komplett leer sind. Sie denke, dass der Anteil gering sein wird. Im Aufsichtsrat werde sie darüber berichten.

Zum Stadtverkehr Altenburg berichtet sie, dass der Planungsstand so ist, dass der Stadtverkehr komplett geplant ist. Parallel dazu habe auch die Stadt Altenburg ein Verkehrskonzept geplant. Je nachdem, an welcher Straße noch Veränderungen vorgenommen werden, könne die ThüSac ebenfalls flexibel anpassen. Das Konzept liege vor, d. h. die ThüSac sei startklar.

Herr Melzer wirft ein, dass er sich mit dem OBM abstimmen wird, ggf. werde der Planungsstand vorgestellt, so dass bekannt wird, was konzeptionell vorgesehen ist. Alles Weitere laufe im Rahmen der HH-Planung.

Frau Bonert ergänzt, dass die 3. Stufe planerisch fertiggestellt ist. Die Stufe sei aber sehr groß, so dass intern entschieden wurde, diese Stufe zu teilen, damit sie umsetzbar ist. Ansonsten werde viel Vorlaufzeit benötigt und viele Investitionen, die vorgehalten werden müssten, so dass es nicht mehr wirtschaftlich wäre.

TOP 4 Verschiedenes

TOP 4.1 Anfragen aus dem Kreistag

Herr Senftleben meldet sich zu Wort.

Seine erste Frage betreffe seine Frage vom 26.06.2024 an den Landrat, als die OTZ betitelt hatte, dass die Landkreise unterschiedliche Asylbewerber aufnehmen. Damals hatte der Landkreis wohl ca. 300 Menschen mehr aufgenommen als nach dem Verteilschlüssel vorgesehen war. Er habe damals die Antwort erhalten, dass sich das im Laufe des Jahres wieder ausgleichen wird. Er fragt, ob das in dem Maße wie angekündigt erfolgt ist.

Eine weitere Frage betreffe die Genehmigung der Haushaltssatzung für das HH-Jahr 2025. In dem Bescheid vom Landesverwaltungsamt gebe es einen Hinweis, dass die erforderliche allgemeine Rücklage nicht vorgehalten wird.

Ihn würde interessieren, wie der Landkreis diese erforderliche Rücklagenhöhe wieder erreichen wird.

Herr Melzer geht zunächst auf die erste Frage ein. Zur heutigen Kreistagssitzung sei der zuständige Fachbereichsleiter nicht anwesend. Daher würde er die Zahlen zusammenstellen lassen und Herr Senftleben erhalte die Antwort schriftlich oder im

Rahmen einer Ausschusssitzung; auch wie viele Flüchtlinge im Vergleich zu anderen Landkreisen im Altenburger Land sind.

Gegenwärtig sei es relativ ruhig. Es gebe individuelle Ankünfte im Bereich Meuselwitz was ukrainische Flüchtlinge betrifft, aber so gut wie gar keine Ankünfte von Flüchtlingen aus Drittländern.

Mit heutigem Datum sei eine Neuregelung vom Land Thüringen zugegangen, was die Aufnahme von Flüchtlingen aus sicheren Herkunftsländern betrifft. Diese werden ab sofort nicht mehr auf die Landkreise verteilt, sondern verbleiben in den zentralen Aufnahmestellen.

Betreffs der zweiten Frage zur Pflichtrücklage führt Herr Melzer aus, dass diese Pflichtrücklage in Höhe von 2 % des Verwaltungs-HH (zwei Prozent der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre) vorgehalten werden muss. Er bestätigt, dass diese knapp unterschritten wurde. Dies passiere immer mal wieder. Es werde im Rahmen der HH-Planung immer auf die Pflichtrücklage hingewiesen. Gleichzeitig verweist Herr Melzer auf die Diskussion zur Kreisumlage. Es müsse aufgepasst werden, dass die Gemeinden nicht überfordert werden. Man sei an einer Grenze angelangt, evtl. schon darüber hinaus. Daher werde dann der Weg gegangen, dass der Rücklagenbereich überschritten wird. Das müsse abgewogen werden. Wichtig sei, dass die Aufgaben erfüllt werden können.

Er könne jetzt noch keine Aussage zum Jahr 2024 treffen. Dies werde im nächsten KT dargestellt.

Herr Tempel bezieht sich auf seine im Vorfeld eingereichte Anfrage zu den sozialen Schlüsselzuweisungen.

(Hinweis: Der komplette Wortlaut der Anfrage ist im Kreistagsinformationssystem unter dem TOP „Anfragen“ eingestellt.)

Die Fraktion DIE LINKE fragt:

1. Wie genau definiert sich der Verwendungszweck für soziale Schlüsselzuweisungen?
2. Wie und wofür ergeben sich die Mehreinnahmen für soziale Schlüsselzuweisungen von 724,954 Euro?
3. Wie ist die Verwendung der verbleibenden 528.954 Euro vorgesehen und in welcher Form wird der Kreistag daran beteiligt?

Herr Tempel ergänzt, dass die Anfrage auch deswegen gestellt wurde, weil der Jugendförderplan in der vergangenen Wahlperiode beschlossen wurde. Gerade unter den Zwängen der Kreisumlage und der Finanzlage der Kommunen wurden die Änderungen wieder gecancelt bzw. verschoben. Die Verbesserungen konnten nicht vorgenommen werden. Jetzt gebe es Mehreinnahmen bei den sozialen Schlüsselzuweisungen und daraus ergebe sich der Klärungsbedarf.

Herr Heiner, Leiter des Fachdienstes Finanzen und Controlling, wird um Beantwortung gebeten. Er schickt voraus, dass im Finanzausschuss über die Mehreinnahmen aus dem Bereich der sozialen Schlüsselzuweisungen informiert wurde.

Zu Frage 1:

Die Schlüsselmasse nach dem ThürFAG sei beginnend ab 2023 in zwei Teile gesplittet worden. Es wird zwischen den sozialen Schlüsselzuweisungen und den allgemeinen Schlüsselzuweisungen unterschieden. Das ThürFAG wurde geändert und der Soziallastenansatz wurde neu geregelt. Die Neuregelung ermögliche es, die bereinigten Zuschussbedarfe für Soziales und für die Zuschussbedarfe für Aufgaben des eigenen Wirkungskreises abzubilden. Der Freistaat könne so besser darauf reagieren und Transparenz schaffen, dass die entsprechenden Zuschussbedarfe und deren Ausgaben

im Sozialbereich genauer untersucht und evaluiert werden können. Gleiches gelte für den Bereich der allgemeinen Schlüsselzuweisungen.

Sowohl die sozialen als auch die allgemeinen Schlüsselzuweisungen bleiben allgemeine Deckungsmittel (Grundsatz der Gesamtdeckung) im Verwaltungs-HH. Diese seien nicht zweckgebunden. Die Veranschlagung erfolge im Einzelplan 9 des Verwaltungs-HH.

Zu Frage 2:

Die in Rede stehenden Mehreinnahmen bei den sozialen Schlüsselzuweisungen i. H. v. 724.935,00 Euro ergeben sich aus der Modellrechnung des Freistaates zum Kommunalen Finanzausgleich vom 23.12.2024 im Vergleich zu unseren veranschlagten HH-Ansätzen im Einzelplan 9 des Verwaltungs-HH. Die Mittel wurden einnahmeseitig noch nicht kassenwirksam.

Zu Frage 3:

Da es keine Zweckbindung gibt, wird der verbleibende Betrag der Mehreinnahmen im Rahmen der Gesamtdeckung für Ausgaben des Verwaltungs-HH benötigt. Aus Sicht der Kämmerei sei man für jede Mehreinnahme dankbar, die der Landkreis erhält. Jeder könne sich an die HH-Beratungen erinnern und an die entsprechenden vorgenommenen Kürzungen im Sozialbereich. Der Aufwuchs im Sozialbereich habe über 12 Millionen Euro betragen. In dem Bereich wurden zugunsten der Senkung der Kreisumlage Mittel gekürzt, des Weiteren auch im Personalbereich.

Herr Tempel bedankt sich für die Ausführungen. Die Fraktion DIE LINKE nehme die Rechtsauffassung von Herrn Heiner betreffs der Zweckbindung der Mittel zur Kenntnis und werde diese im Landtag nochmals prüfen lassen.

Frau Eißing möchte wissen, wann festgestellt wurde, wann es Mehreinnahmen gibt – vor oder nach dem HH-Beschluss?

Am 23. Dezember 2024, antwortet Herr Heiner.

Weitere Nachfragen werden keine gestellt.

TOP 4.2 Allgemeine Aussprache gem. § 11 a Geschäftsordnung des Kreistages

Es wurde kein Antrag auf Allgemeine Aussprache gestellt.
Daher entfällt dieser Tagesordnungspunkt.

KT-DS/0077/2025

TOP 5 Schulnetzplan für die allgemein bildenden Schulen in Trägerschaft des Landkreises Altenburger Land, Zeitraum 2025 - 2030

Der Vorsitzende Herr Gumprecht ruft o. g. KT-Drucksache auf und übergibt das Wort sogleich an Herrn Melzer.

Herr Melzer beginnt mit einem kurzen Abstecher in die Historie. Das Thema beschäftige die Verwaltung regelmäßig und nicht nur alle 5 Jahre, wenn die Verwaltung aufgerufen ist, einen neuen Schulnetzplan zu erstellen.

Es sei in der Vergangenheit auch nicht nur um die kleinen Schulen gegangen, sondern auch z. B. um die Gymnasien. Es sei immer überlegt worden, wie die Schulstandorte erhalten bleiben können. Das Thema sei emotional und das sei auch legitim.

2021 habe es eine gesetzliche Änderung gegeben, nach der Fakten festgelegt worden sind, wie Schulnetzplanung zu machen ist, d. h. es wurden Mindestgrößen und Mindestschülerzahlen vorgegeben. Mögliche Ausnahmen seien ebenfalls benannt worden, wie davon abgewichen werden kann, bis hin zu Kooperationsmodellen. Er könne sich an einige Veranstaltungen zum Thema Kooperationen und Sprengelmodell, z. B. im Ponitzer Schloss mit Minister Holter erinnern. All das habe letztlich nicht funktioniert. Im noch bestehenden Schulnetzplan seien zwei Schulen betroffen gewesen, bei denen sich die Verwaltung Gedanken machen musste.

Zum einen sei das das Gymnasium in Meuselwitz gewesen. Damals sei mitgeteilt worden, dass diese Eigenständigkeit nicht genehmigungsfähig ist (Schreiben November 2021). Es galt aber eine Ausnahmeregelung, nämlich die, dass die anderen Gymnasien im Umfeld die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums in Meuselwitz nicht aufnehmen konnten. Damit war die Eigenständigkeit für den damaligen Schulnetzplan gewährleistet. Dies sei auch durch das Ministerium so bestätigt worden.

Die zweite Schule sei die Regelschule Lucka gewesen. Bei dieser Schule konnte kein Ausnahmetatbestand geltend gemacht werden. Es habe eine Menge Gespräche gegeben. Der Kreistag habe dann in seiner Sitzung im Februar 2023 beschlossen, dass die RS Lucka mit Wirkung vom 31.07.2023 aufgehoben und als Filiale der RS Meuselwitz fortgeführt wird. Diese Kooperation wurde im Rahmen eines Erprobungsmodells bis 2025 durchgeführt. Eines sei dabei immer bekannt gewesen: Zusätzliches Personal für die Kooperation gibt es keines. In dieser Schule habe es von Anfang an massive Schwierigkeiten gegeben, nicht nur was den Mangel von Schülern und Lehrern in Lucka betrifft, sondern auch in der Regelschule Meuselwitz. Der Schulleiter habe die Aufgabe gehabt, den Unterricht insgesamt zu organisieren, was sehr schwer war. Letztendlich sei das Schulamt gemeinsam mit der Verwaltung übereingekommen, dass der Unterricht insgesamt für alle Schüler in Meuselwitz durchgeführt wird. Leider müsse gesagt werden, dass diese Kooperation gescheitert ist. Jetzt sei es Thema des jetzigen Schulnetzplanes, die Erprobung noch ein Jahr weiterzuführen oder zu sagen, dass insgesamt am RS-Standort Meuselwitz beschult wird.

Am 4. März 2024 sei der Schulnetzplan für die Periode 2020 bis 2025 erst genehmigt worden. So lange habe es gedauert, bis die Genehmigung vom Freistaat vorlag.

Herr Melzer richtet den Appell an die Mitglieder des Kreistages. Die Schulnetzplanung müsse nachhaltig gestaltet werden. Man müsse sich die Orte anschauen, auch mit Blick auf die demografische Entwicklung und den Lehrermangel. Den Problemen müsse man sich stellen, auch wenn einige sagen, dass es langsam weniger Kinder werden und dann auch weniger Kinder in die Grundschulen gehen und es in 10 Jahren keinen Mangel an Grundschullehrern mehr gibt. Das sei aber keine Lösung, so Herr Melzer.

Deshalb habe sich die Verwaltung sehr viele Gedanken gemacht. Mit der neuen Schulnetzplanung habe man bereits im Jahr 2022 begonnen. Die Arbeitsstände und Schülerzahlprognosen seien in den Ausschüssen vorgestellt worden. Viele Schulleitungen hätten die Verwaltung um Unterstützung gebeten, was die Aufnahmekapazitäten in den Schulen betrifft, denn aufgrund des Lehrermangels seien die Klassenstärken in die Höhe gegangen. Die Raumgrößen seien bekannt und in die älteren Objekte passen nicht so viele Kinder wie in einem neueren gebauten Objekt. Daher wurden im neuen Schulnetzplan Aufnahmekapazitäten für die einzelnen Schulen dargestellt.

Im Gegensatz zur letzten Schulnetzplanung wurde dieses Mal eine Arbeitsgruppe gebildet, welche aus jeweils einer Schulleitung jeder Schulart bestand, aus dem Kreiseltererbeirat, aus Schülervertretungen, aus Kreistagsmitgliedern, Verwaltung und natürlich aus Vertretern der ThüSac. Diese Arbeitsgruppe habe mehrmals getagt. Ziel sei es gewesen, die fachliche Expertise zu nutzen und einen ausgewogenen Entwurf vorzulegen.

Im Fazit habe sich die Einberufung dieser Arbeitsgruppe sehr gelohnt; die Entscheidung sei nicht „vom grünen Tisch“ aus gefallen.

Für den Schulnetzplan habe es eine offizielle Beteiligung aller Akteure gegeben: betroffene Gemeinden und benachbarte Landkreise, alle Schulkonferenzen, Schulamt OT, Elternvertretungen. Vier Gemeinden haben eine Stellungnahme abgegeben, drei davon waren positiv. Die benachbarten Landkreise haben alle eine Stellungnahme abgegeben; Einwände wurden nicht vorgetragen. Die ThüSac schätze ein, dass die Anforderungen an den ÖPNV umgesetzt werden können. Insgesamt haben sich 21 Schulkonferenzen geäußert, 20 davon stimmten zu.

Die Stellungnahme des Staatlichen Schulamtes liege ebenfalls jedem KTM vor. Das Schulamt habe empfohlen, aufgrund der Gesamtsituation das Erprobungsmodell des Filialmodells der Staatlichen Grundschule Gößnitz mit dem Schulteil Ponitz nicht mehr fortzuführen. Des Weiteren wurde eine Kooperation der gymnasialen Oberstufe des Veit-Ludwig-von-Seckendorff-Gymnasiums in Meuselwitz mit einem Staatlichen Gymnasium in Altenburg empfohlen.

Der Kreiselternbeirat habe sich ebenfalls geäußert. Herr Schulte als Vorsitzender habe mitgeteilt, dass er die Einbeziehung des Kreiselternbeirates als positiven Beitrag zur politischen Kultur im Landkreis Altenburger Land betrachtet. Er wünsche sich ferner eine klare Entscheidung zum Standort Ponitz.

Der Landrat benennt im Folgenden die entsprechenden Änderungen zum aktuellen Schulnetzplan:

■ Grundschule Altkirchen/Grundschule Schmölln

Es wird ein gemeinsamer Schulbezirk zur Verstetigung des Standortes der Grundschule Altkirchen vorgeschlagen. Es gebe viele Gastschulanträge für die Grundschule Altkirchen.

■ Grundschule Großstechau/Grundschule Thonhausen/Regelschule Nöbdenitz

Es sei bekannt, dass die Verwaltung aus dem aktuellen SNP heraus den Auftrag habe, einen gemeinsamen Schulstandort für einen Grundschulstandort im Verwaltungsbereich des Oberen Sprottentaales zu suchen. Es sei nicht so einfach gewesen und es habe politische Diskussionen gegeben. Planungsvoraussetzungen in Nöbdenitz wurden geschaffen, so dass der Schulstandort erweitert werden könnte. Es wird vorgeschlagen, eine neue Grundschule zu bauen und die Regelschule zu sanieren. Es würde ein neuer Campus inmitten des Oberen Sprottentaales entstehen, was aber sicherlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Im Anschluss werde die Beschulung an den beiden Standorten Großstechau und Thonhausen beendet werden.

■ Regelschule Meuselwitz/Filiale Lucka

Es wird vorgeschlagen, das Kooperationsmodell zu beenden und mit Schuljahresbeginn 2025/2026 die Gesamtbeschulung in Meuselwitz vorzunehmen.

■ Grundschule Gößnitz/Schulteil Ponitz

Im Schulnetzplanentwurf stehe, dass es eine regelmäßige Unterrichtung der Gremien zur Erfüllung des Bildungsauftrages am Standort Ponitz geben soll. Ferner soll es eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung hinsichtlich notwendiger Investitionskosten geben. Diesbezüglich liege bereits ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor. Herr Melzer kündigt an, dass es einen weiteren Änderungsantrag aus dem Ausschuss für Schule, Kultur und Sport heraus geben wird. Mit diesem wird vorgeschlagen, die Beschulung am Standort Ponitz mit Schuljahresbeginn 2025/2026 zu beenden.

■ FÖZ „Erich Kästner“ Altenburg, FÖZ Schmölln und Regelbogenschule

Es sollen Möglichkeiten einer Standortentwicklung geprüft werden. Das hänge damit zusammen, dass die Regenbogenschule sehr voll ist. Es soll die Prüfung eines Antrages auf einen Bildungsgang der individuellen Lebensbewältigung für Schüler und

Schülerinnen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung in den FÖZ „Erich Kästner“ und FÖZ Schmölln geprüft werden

Abschließend wirbt Herr Melzer dafür, dass ein nachhaltiges Schulkonzept entwickelt wird. Man könnte sich zurücklehnen und sagen, dass alles so bleibt, wie es ist, aber das sei nicht zukunftsträchtig. Man werde jedes Jahr wieder über Dinge reden, die nicht klappen. Daher werbe er dafür, dem Entwurf des Schulnetzplanes zuzustimmen.

Der Vorsitzende Herr Gumprecht bittet den Vorsitzenden des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport, Herrn Zippel, den Verlauf der Ausschusssitzung vorzutragen und den angekündigten Änderungsantrag vorzustellen.

Herr Zippel bemerkt zunächst, dass es nicht üblich ist, dass ein Ausschussvorsitzender ausführlich über die Diskussionen im Ausschuss berichtet, zumal der Ausschuss nicht öffentlich getagt hat und eigentlich nicht aus dem nicht öffentlichen Bereich berichtet werden darf. Er werde trotzdem versuchen wiederzugeben, was den Ausschuss dazu bewogen hat, eine Änderung zu empfehlen entgegen dem, was die Kreisverwaltung als Entwurf vorgelegt hat. In Bezug auf die Grundschule Gößnitz, Schulteil Ponitz, liege von der Verwaltung der Vorschlag vor, eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durchzuführen. Der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport (SKSpA) habe sich damit intensiv auseinandergesetzt und eine Änderung empfohlen.

Im Folgenden erklärt Herr Zippel, welchen Abwägungsprozess es diesbezüglich gegeben habe.

Zum einen wurde abgewogen, dass es natürlich große grundsätzliche Sympathie für das Gesamtkonstrukt Dorfschule gibt. Dass sei ein Wert an sich und jeder wisse, was es für ein Dorf bedeutet. Das Stichwort „Kurze Beine – kurze Wege“ sei allen bekannt. Gleichzeitig wurde auch das hohe Engagement der Ponitzer für ihren Schulteil berücksichtigt. Leider sei es aber so, dass die Maßgabe, ob ein Dorf eine Schule verdient, so wie es in der Einwohnerfragestunde geäußert wurde, leider kein Maßstab ist, nachdem Schulnetzplanung gemacht werden kann. Das mag einem das Herz brechen, so Herr Zippel, und es sei auch in der Diskussion im SKSpA schwierig geworden, aber nach dieser Maßgabe könne keine Schulnetzplanung gemacht werden. Sosehr diese Argumente emotional auch eine Rolle spielen mögen.

Auch der dritte Punkt sei kein Argument, der in diesem Fall überwiegen kann und zwar ein Bürgermeister, der wie ein „wilder Löwe“ für die Beschulung in seinem Dorf kämpft. Das sei anerkennenswert, aber auch das sei ein Argument, was in einer sachlichen pragmatischen Betrachtung der SNP leider so nicht berücksichtigen kann.

Dem gegenüber haben im Ausschuss verschiedene andere Argument gestanden, die im Folgenden in der Kurzfassung vorgetragen werden.

Da wäre das Argument, dass es inzwischen seit vielen Jahren Schwierigkeiten gibt, Lehrer zu finden, insbesondere für Schulen mit der Konstruktion eines Filialmodells. Viele Lehrer sagen, dass sie nicht bereit sind, sich in diese Konstruktion hineinzubegeben. Ja, es gebe einzelne Lehrer, aber wenn es so wäre, dass es diese Lehrer überall gibt, gäbe es nicht die Schwierigkeit, Lehrer zu finden. Diese Information wurde auch vom Staatlichen Schulamt bestätigt.

Natürlich stehe man auch dafür, auch wenn es Aufgabe des Landes ist, die Unterrichtsqualität sicher zu stellen. Der Kreis als Schulträger sei vor allem für die Infrastruktur verantwortlich. Es gebe aber Dinge, die sich miteinander bedingen.

Ein weiterer Punkt habe in der Abwägung eine Rolle gespielt – ein vertretbar kurzer Weg nach Gößnitz. Es sei nicht so, dass den Schülern unerträgliche Wege zugemutet werden, sondern in der SNP sei zu erkennen, dass es in Gößnitz eine Grundschule gibt, die auf lange Sicht Bestand haben wird – aufgrund ihrer Größe, ihrer Infrastruktur, aufgrund der

getätigten Investitionen. Es gebe eine garantierte Beschulung in den nächsten Jahren auf sehr hohem Niveau.

Ein weiterer grundsätzlicher Fakt sei der Schülermangel. Es werde zwar immer von Lehrermangel besprochen, aber es gebe einbrechende Schülerzahlen. Alle sagen immer, dass aufgrund der Geburtenzahlen geplant werden soll. Der Politik werde immer der Vorwurf gemacht, warum nicht nach den Geburtenzahlen geplant wird. Warum wurden nicht mehr Lehrer eingestellt. Mit diesem Argument werde jetzt auch argumentiert. Es sei bekannt, wie die Geburtenzahlen aussehen, also müsse das auch berücksichtigt werden. Die Geburtenzahlen im Altenburger Land gehen massiv zurück; das sehe man bereits an den Kindertagesstätten, von denen einige geschlossen werden müssen.

Die Kinder nach Geburtsjahr im Altenburger Land: 2018 – 706 Kinder, 2020 – 582 Kinder, 2023 – 452 Kinder. Der Rückgang betrage 35 Prozent. Dies sei massiv und das müsse bei Infrastrukturentscheidungen, bei denen es auch um zu investierende Millionen geht, berücksichtigt werden. Mit dieser Aufgabe habe sich der Ausschuss auseinandergesetzt.

Hinzu kamen weitere Argumente in Bezug auf Ponitz, u. a. der Fakt, dass leider seit Dezember 2024 keine Beschulung mehr stattfindet, was verschiedene Gründe hat. Auch die notwendigen anstehenden Investitionskosten wurden in die Gesamtbetrachtung mit aufgenommen. Als Stichworte seien dabei zu nennen: Brandschutz und Arbeitsschutz – Diesbezüglich wurden Bedenken des Schulamtes kundgetan. Die Stellungnahme des Schulamtes sei im Ausschuss lang und breit diskutiert worden. Wenn der Schulamtsleiter schreibt, dass er auf der aktuellen Grundlage keine Lehrer mehr nach Ponitz schicken würde, weil er das weder brandschutzrechtlich noch arbeitsschutzrechtlich verantworten kann, dann seien dies Argumente, die nicht unberücksichtigt bleiben können. Natürlich könnten Gelder „in die Hand“ genommen werden, aber die Frage sei dennoch, wie zukunftssicher ist der Standort und wie berechtigt ist eine Investition, die eventuell an einer anderen Schule, die nachweislich in den nächsten Jahrzehnten Bestand hat, nicht getätigt werden kann. Diese Abwägung hatte der Ausschuss auch zu treffen und letzten Endes der Kreistag.

Er wiederholt, dass die Ankündigung des Schulamtes, keine Lehrer mehr nach Ponitz zu schicken, eine sehr schwerwiegende sei.

In der Abwägung all dieser Argumente – sowohl der Pros und auch der Kontras – hat sich der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport – ohne Gegenstimme – für eine geänderte Empfehlung ausgesprochen. Der **Änderungsantrag** liegt allen Mitgliedern des Kreistages vor.

Die geänderte Formulierung lautet wie folgt: **„Beendigung des Filialmodells zum Schuljahr 2025/2026 und Beschulung aller Schüler dauerhaft am Standort Gößnitz.“**

Er versichert nochmals, dass ich der Fachausschuss sehr intensiv mit dieser Thematik auseinandergesetzt und es sich nicht leichtgemacht hat. Er wisse um die Emotionalität. Aber Emotionalität sei leider kein Planungsgrund, sondern es müsse mit harten Fakten gearbeitet werden und allein diese wurden als Grundlage zu dieser Empfehlung herbeigezogen, so Herr Zippel abschließend.

Der Vorsitzende Herr Gumprecht stellt fest, dass es weitere Wortmeldungen aus den Fraktionen gibt. Er erteilt Herrn Schrade das Wort.

Herr Schrade, Fraktion SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN, äußert, dass heute eine der schwerwiegendsten Entscheidungen zu treffen ist, aber die auch getroffen werden sollte. Der vorliegende Entwurf des SNP erkennt die Realitäten an und versucht einen Beitrag zur Verbesserung der Lern- und Lehrqualität zu leisten, denn der Blick auf die Zahlen sei

entscheidend. Der Blick auf die Schülerzahlenentwicklung sage aus, dass es im Jahr 2025/26 insgesamt 1866 Schülerinnen und Schüler im Grundschulbereich gibt. Im Jahr 2029/30 werden es ca. 400 Schülerinnen und Schüler weniger sein, das sei ein Rückgang von ca. 21 Prozent.

Konkret für die Grundschulen sehe es wie folgt aus. Die GS Großstechau habe jetzt ca. 100 Schülerinnen und Schüler. Die Schülerzahlen werden dort bis zum Ende des Jahrzehnts um 43 % zurückgehen. In der derzeit größten Grundschule in Schmölln lernen 340 Schülerinnen und Schüler. Dort gebe es eher das Problem, dass es fast zu viel ist und man froh sein kann, dass es die GS Altkirchen gibt, in die viele Schülerinnen und Schüler aus Schmölln im Rahmen eines Gastschulantrages hingehen. Aber auch in Schmölln wird die Schülerzahl bis zum Ende des Jahrzehnts um ca. 21,5 % zurückgehen. Thonhausen habe aktuell 91 Schüler. Am Ende des Jahrzehnts werden es 29 % weniger sein. Diese Zahlen seien bekannt.

Im Regel- und Gymnasialbereich sei dies noch nicht der Fall; die Entwicklung werde man dort erst einige Jahre später sehen. Die Zeit sollte genutzt werden, um auch in diesem Bereich Entscheidungen zu treffen.

In Schmölln mussten in den letzten zwei Jahren vier Kindergärten geschlossen werden, weil die Geburtenzahlen von 110 im Jahr auf nicht einmal 70 Geburten im Jahr runtergegangen sind. Dieses Thema sei mit allen sehr ausführlich diskutiert worden.

Schön ist so eine Entscheidung nicht, äußert Herr Schrade.

Aber es müsse sich dieser Verantwortung gestellt werden. In einer Stellungnahme zum SNP-Entwurf heißt es wörtlich: *„Das Bildungssystem muss eine Antwort auf die Herausforderung der Gegenwart und der Zukunft finden. Die SNP behutsam unter Einbeziehung des Kreiselternbeirates den deutlichen Rückgängen bei der Schülerzahl anzupassen, ist verantwortungsvolle Politik und der Kreistag ist durch seine Mitentscheidungskompetenz Teil des Bildungssystems.“*

Bildungspolitik findet nicht irgendwo statt, sondern eben auch konkret im Kreistag. Es müsse gehandelt werden. Man darf sich nicht wegducken und sagen, dass das andere entscheiden sollen oder wir lassen alles so wie es ist.

Herr Melzer habe es erwähnt – seit 20 Jahren habe der Kreistag dafür gekämpft, dass das Schulnetz weitestgehend so bestehen bleibt. Vielleicht wäre die heutige Schullandschaft eine leicht andere und vielleicht sogar stabiler, wenn Akteure von damals, z. B. im Jahr 2016, mutiger gewesen wären.

Er spricht Herrn Greunke an – es habe eine stabile Idee für die Grundschulregion Schmöllner Land gegeben. Es sollte ein inklusiver Grundschulverbund gegründet werden. Mehrfach habe man im Ministerium vorgesprochen, der Kreistag habe dafür auch die Voraussetzungen geschaffen. Aber es müsse das Fazit gezogen werden, dass die Idee, 2016 ein Schulsprengel-Modell zu gründen, nicht am Ministerium gescheitert ist. Das Ministerium sei nicht dagegen gewesen, aber es gehöre auch zur Wahrheit dazu, dass man an den damaligen Schulleitungen gescheitert ist, weil jede Schule gesagt hat, dass sie für sich allein weitermachen, es werde schon alles gut gehen.

Für Ponitz habe man versucht zu kämpfen; aus verschiedenen Gründen finde aber bereits seit Dezember 2024 kein Unterricht mehr statt. Heute soll auch nach vorn geschaut werden und es soll auch richtigerweise berücksichtigt werden, was in den vergangenen Wochen auch Eltern mit auf den Weg gegeben haben, nämlich nicht nur an die Schulstandorte zu denken, sondern auch an die Qualität der Lehre. Dies sei ein Punkt, der auch stärker berücksichtigt werden sollte.

Es sei wichtig, frühzeitig Entscheidungen zu treffen und da schaue er auf den gesamten Schmöllner Raum – Wie gehe man mit den Schulen in Thonhausen und Großstechau um. Es wäre sträflich, die Augen zu verschließen und zu sagen, es werde gehofft, dass die Zahlen nicht stimmen.

In Nöbdenitz wurde Baurecht geschaffen, so dass dieses jetzt vorliegt. Die Umsetzung werde sicherlich noch dauern, aber es gebe eine Perspektive für eine Grundschule in der ländlichen Region im Westen dieses Landkreises.

Herr Schrade bedankt sich beim Kreiselternbeirat, bei der Verwaltung/Fachbereich Herr Wenzlau, insbesondere beim Fachdienst Schulverwaltung, Frau Wiechert.

Die Fraktion SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN werde der Beschlussvorlage geschlossen zustimmen, so Herr Schrade abschließend.

Herr Lahr von der STARKE-HEIMAT-Fraktion äußert, dass er in den letzten 35 Jahren alles miterlebt habe. Er sei froh, dass er jetzt im Kreistag sei und nicht mehr aus schulischer Sicht als berufener Bürger im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport teilnimmt. Er habe immer die extreme Objektivität an den Tag gelegt im Sinne der Kinder und Jugendlichen. Die Qualität der Bildung in den Schulen sei ihm eine Herzensangelegenheit. Man könne aus dieser Sicht auf großartige Ergebnisse zurückblicken und er sei stolz, das sagen zu können. Er habe auch sehr oft in den 35 Jahren die Auffassung vertreten, dass jeder Tag, an dem man nicht mit der Schulverwaltung in Kontakt kommt, ein guter Tag ist, weil er aus schulischer Sicht uns in irgendeiner Weise beeinflusst, so Herr Lahr, etwas zugespitzt formuliert.

Jetzt habe er das aus Sicht eines Kreistagsmitgliedes alles mit verfolgt und auf ihm lastete viel Verantwortung. Er habe festgestellt, dass sich im Denken und Handeln nichts geändert habe. Heute sei er im Ergebnis sehr zufrieden. Er spricht seinen Dank an den Landrat aus, dass er persönlich als Landrat zur Schulnetzplanung eingeführt hat. Er sei auch davon ausgegangen, dass Herr Zippel heute im Thür. Landtag sein wird, aber er möchte seinen Respekt äußern, dass Herr Zippel da ist und er sei dankbar über das, was Herr Zippel ausgeführt hat und wie er es gemacht hat und zur Verantwortung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport steht. Er müsse jetzt inhaltlich nichts mehr hinzufügen. Er hatte die Befürchtung, dass es anders kommt. Er bedankt sich nochmals. Der Prozess sei so umfangreich gewesen, die Emotionen seien unterschiedlich gewesen. Aus seiner Sicht liegen die Fakten auf dem Tisch. Er bedankt sich nochmals, dass jetzt diese Klärung erfolgt ist. Er sei sehr zufrieden darüber.

Herr Mirko Spöhr von der AfD-Fraktion erhält das Wort.

Der SNP als solches sei übersichtlich, informativ, als Planungsgrundlage ein TOP-Nachschlagewerk für Schülerzahlen, Standorte, Raumkapazitäten, bauliche Gegebenheiten, Lehrerbedarf und finanzielle Aspekte.

Er bedankt sich bei der Arbeitsgruppe für die Erstellung des Schulnetzplanes.

Er möchte aber auch einen Dank aussprechen an alle Schulleiter, Lehrer und an alle Erzieher für die Betreuung der Kinder, einen Dank an die ThüSac, an alle Busfahrer.

Problempunkte seien im SNP klar ersichtlich – Rückgang von Schülerzahlen, hohe Investitionskosten bei der Sanierung von Schulen, unvollständiger Ausbau der Digitalisierung an Schulen, eventuelle Schulschließungen und Lehrermangel.

Er möchte zwei allgemeine Punkte dazu ansprechen – „Alle Schulen bleiben im Dorf“. Er zitiert aus zwei Stellungnahmen zum SNP: Gemeinde Ponitz: *„Die Abwicklung des eigenständigen Grundschulstandortes und die Eingliederung als Schulteil der staatl. Grundschule Gößnitz war durchaus ein Erfolg. Ein Schuldirektor konnte eingespart werden. Die Schülerzahlen haben sich trotz schlechter Prognose stabil gehalten und rechtfertigen einen Fortbestand. Die Gemeinde Ponitz hat die Zeit genutzt und weitere Eigenheimstandorte bzw. Wohnbauplätze ausgewiesen. Auch Dank, dass es noch eine Grundschule gibt, konnten diese Bauplätze gut vermarktet werden.“*

Auszug aus der Stellungnahme des Kreiselternbeirates Altenburger Land: *„Die Schule ist ein wichtiger Teil der dörflichen Identität und ermöglicht eine wohnortnahe ins dörfliche*

Leben eingebundene Beschulung. Damit sind diese Schulen ein Teil der Lebensqualität im ländlich geprägten Altenburger Land, welches für junge Familien attraktiv bleiben soll.“

Herr Spöhr führt weiter aus, dass der Erhalt einer Dorfschule nicht nur eine Investition in die Bildung ist, sondern auch in die Zukunft und in die Lebensqualität des gesamten Dorfes und sichert den Erhalt dortiger Arbeitsplätze.

Zum Thema der fehlenden Lehrer an Grundschulen führt Herr Spöhr aus, dass ihm bewusst ist, dass der Kreistag nur eine indirekte, aber wichtige Rolle zum Thema Lehrermangel. Es sei die Aufgabe, immer wieder auf die fehlende Lehrkraftsituation vor allem im ländlichen Raum hinzuweisen. Über bessere Qualifizierung von Quereinsteigern oder fehlende flächendeckende Werbung zur Lehrernachwuchsgewinnung wird er nicht ausführen. Einen Punkt möchte er zum Thema Lehrermangel aber anbringen. Durch seine langjährige Erfahrung bei der Bundeswehr (19 Jahre) möchte er auf eventuell vorhandene Ressourcen hinweisen. Ausscheidende Berufssoldaten gehen mit 53 oder 54 Jahren in Pension. Das betreffe aber auch ausscheidende Offiziere und Feldwebel, die als Zeitsoldaten tätig waren. All diese Soldaten seien z. T. mit hochwertigen Abschlüssen ausgestattet, wie z. B. Meisterbriefen und Ausbilderscheinen, ein abgeschlossenes Studium im Bereich Erziehungs- und Bildungswissenschaften, Pädagogik und in relevanten Fachbereichen wie Mathematik, Physik und Sport. Diese Ressourcen sollten man nicht außer Acht lassen. Alle bestens ausgebildet in Methodik und Didaktik zum Führen eines Unterrichtes. Um an diesen Personenkreis ranzukommen, erfordert dies eine behördenübergreifende Zusammenarbeit von Schulamt, Bildungsministerium sowie der personalbearbeitenden Stellen von Heer, Luftwaffe und Marine.

Eine Schule zu schließen aufgrund von Lehrermangel und baulichen Defiziten, die mit finanziellen Mitteln behoben werden könnten – damit sei das Problem nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Unsere Dorfschulen müssen auch künftig erhalten werden, denn die Bildung gehört in jedes Dorf. Weniger Millionen in Rüstungsgeschäfte, Waffenlieferungen, Migrationspolitik, dazu mehr Geld in Bildung, Lehrernachwuchs und junge Familien.

Die AfD-Fraktion des Kreisverbandes Altenburger Land werden jetzt und auch in Zukunft keiner Schulschließung zustimmen. Deshalb erfolgt auch keine Zustimmung zum Änderungsantrag des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport.

Dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE werde man nicht zustimmen, da dieser nicht mehr zielführend ist. Es gehe jetzt um eine klare Positionierung zum Schulteil Ponitz – Bleibt Ponitz auf oder wird Ponitz geschlossen.

Frau Seifert von der Fraktion DIE LINKE erhält als nächstes das Wort.

Der Kreistag entscheide heute nicht nur über Gebäudehüllen, sondern über die Bedingungen, unter denen die Kinder im Altenburger Land in den kommenden Jahren lernen werden und damit über nichts weniger als Teilhabe, Bildungsgerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit.

Sie sei gestern bei der Kreiselterntervertreerversammlung anwesend gewesen, die dortigen Rückmeldungen seien ziemlich ernüchternd gewesen. Die Eltern und Lehrkräfte berichteten von einem Bildungsalltag, der von Mangel geprägt ist und zunehmend auf Improvisation basiert – zu wenig Lehrkräfte, schlechte Essensversorgung, Probleme bei der Schülerbeförderung wurden vorgetragen; und das alles im Jahr 2025.

Es gebe im Landkreis vier Schulen, die mit Unterrichtsausfall von 21 bis 23 % betroffen sind. Das finde sie dramatisch. Im Grundschulbereich in Thüringen liegen die Zahlen bei 30 % Plus.

Die Fraktion DIE LINKE unterstütze grundsätzlich den heute vorliegenden SNP, auch weil er auf einem breiten Beteiligungsprozess fußt, der viele Perspektiven zusammengeführt hat. Sie sei sehr dankbar für diesen offenen und transparenten

Prozess und dass alle Betroffenen einbezogen worden sind. Das Ergebnis zeige, dass er überwiegend mitgetragen wird. Die Fraktion DIE LINKE begrüße ganz besonders, dass die Weichenstellung für eine starke Landschule in Nöbdenitz für die GS-Bezirke Thonhausen und Großstechau erfolgt ist bzw. die Klarheit für den RS-Standort in Meuselwitz mit der Aufhebung des Filialmodells in Lucka.

Der eingereichte **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE** mit Blick auf die vorgeschlagene Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, der sich durch den vorliegenden Änderungsantrag des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport erledigt hat, **wird zurückgezogen**.

Sie könne auch den Wunsch der Ponitzer Eltern verstehen. Es gehe aber nicht darum, Schulstandorte willkürlich zu streichen, sondern mit den begrenzten zur Verfügung stehenden Ressourcen dort zu investieren, wo Kinder langfristig die besten Lernbedingungen haben. Schulentwicklung darf auch nicht nur eine Reaktion auf Mängel sein und Flickschusterei, die entschieden abgelehnt wird.

Die Fraktion DIE LINKE fordere eine gezielte Investition in moderne Ganztagsbildung, damit Kinder gut lernen können und Lehrkräfte, insbesondere junge Lehrkräfte, sich bewusst für das Altenburger Land entscheiden. Ebenfalls werde eine bauliche und digitale Infrastruktur gefordert, die nicht nur technisch, sondern auch pädagogisch sinnvoll ist. Es werde klar gesagt – wer bei Bildung spart, der gefährde die Zukunft. Die Kosten, die heute in diesem Bereich gespart werden, kommen in wenigen Jahren wie ein Bumerang um ein Vielfaches zurück. Alle Kinder haben ein Recht auf gute Bildung – nicht irgendwann, sondern jetzt. Sie brauchen moderne, gut ausgestattete Schulen, die gut erreichbar sind, in denen sie gern lernen, gemeinsam wachsen, mit qualifizierten Lehrkräften und Schulsozialarbeitern, verlässlicher Ganztagsstruktur und pädagogischer Kontinuität. Gute Bildung braucht auch gute Bedingungen, auch für die, die sie jeden Tag ermöglichen, so dass Lehrkräfte ihren pädagogischen Auftrag auch bestmöglich erfüllen können und nicht unter Dauerbelastung funktionieren und kompensieren müssen. Nicht zuletzt werden Entscheidungen gebraucht, die nicht nur kurzfristig verwalten, sondern langfristig gestalten, auch mit Blick auf die nachwachsende Generation und die Resilienz der Bildungslandschaft. Gute Bildung darf auch nicht davon abhängen, in welchem Ort ein Kind aufwächst oder wie der Kontostand der Eltern aussieht.

Jedes Kind hat das Recht auf eine gute Schule und auf gute Bildung, nicht irgendwann, sondern jetzt.

Herr Liefländer von der Fraktion DIE REGIONALEN ergreift das Wort und bemerkt, dass eigentlich fast alles gesagt ist, er möchte aber auf den einen oder andere Aspekt hinweisen. Auch er komme aus einer kleinen Gemeinde, die einst über eine Grundschule und eine Regelschule verfügte. Die Grundschule gebe es noch, die Regelschule nicht mehr. Warum ist dies so? Vor Jahren wurde die Tendenz gesehen, dass es in Wintersdorf weniger Schüler gibt. Man habe sich Gedanken gemacht, wie mit den weniger Schülern die Unterrichtsqualität aufrechterhalten werden kann. Die Wintersdorfer hätten sich damals dafür entschieden, diese Regelschule zu schließen, zugunsten des Schulstandortes Lucka. Den Eltern wurde die Empfehlung gegeben, die Schüler nach Lucka zu schicken, um dann wenigstens die RS in Lucka erhalten zu können. Leider sprechen die Zahlen dagegen. Das werde auch an der Tatsache gesehen, dass man gezwungen ist, die schöne Regelschule Lucka zu schließen, in die übrigens der Landkreis in den letzten Jahrzehnten viel Geld investiert hat. Das sind Entscheidungen, die für die Zukunft getroffen werden müssen. Es müsse nicht nur überlegt werden, ob sich die Kinder jetzt in Ponitz wohlfühlen, sondern es müsse überlegt werden, ob sie sich auch in Zukunft wohlfühlen. Kann es der Landkreis gewährleisten, dass die Bildung der Grundschüler zeitangemessen ist? Mit den relativ wenigen Schülern wird es auf Dauer nicht möglich sein, eine gute Bildung vor Ort vorzuhalten. Das betrifft sowohl die bauliche Hülle als auch die personelle Ausstattung. Deswegen ist es aus seiner Sicht eine

schmerzliche, aber notwendige Tatsache, dass die Schüler auf weniger Schulstandorte konzentriert werden müssen, damit sie auf Dauer eine bessere Bildung bekommen. Er weiß, dass das schwerfällt, aber er hoffe, dass es ein gewisses Verständnis für diese Entscheidung gibt, die im SKSpA vorbereitet wurde.

Herr Greunke, Mitglied der CDU/FDP-Fraktion, erhält das Wort.

Zunächst ein kurzer Rückblick in das Jahr 2020, als die letzte SNP anstand, beginnt Herr Greunke. Damals habe man versucht, das Problem an den Wurzeln zu packen und in der Region etwas Neues zu wagen. Es habe viele Termine gegeben. Er könne sich erinnern, dass es auch Widerstände gab, aber am Ende stand die Entscheidung, das Schulsprengel-Modell zu beginnen. Es sei an der Genehmigung des Ministeriums gescheitert und dann sei schnell die Idee mit dem Filialmodell aufgekommen, weil das im neuen Schulgesetz vorgesehen war, was dann auch in Gößnitz/Ponitz und in Lucka/Meuselwitz umgesetzt wurde. Eigentlich sei dies auch ein Erfolg; jahrelang wurde erfolgreich zusammengearbeitet. Jetzt sei die Situation so, weil eine Lehrerin aufgrund ihrer Familienplanung ins Beschäftigungsverbot gegangen ist und es schulorganisatorisch in der Schule notwendig war, Klassen zusammenzulegen. Grund sei auch gewesen, dass auch der Gößnitzer Schule Lehrer in andere Schulen abgeordnet waren. Also wurde die Schule geschwächt, obwohl eigentlich eigenes Personal zur Verfügung stand.

Aktueller Stand sei, dass alle Klassen von 1 bis 4 mit ca. 30 Kindern voll ausgelastet sind. Dies könne auch keine Dauerlösung sein. Es brauche keiner denken – wenn dem Änderungsantrag zugestimmt wird, dass dann wieder ein kleines Problem gelöst ist und es besser wird. Es werde dadurch nicht ein einziger Lehrer gespart. Diese Illusion müsse er nehmen.

Wenn gesagt wird, dass es in Ponitz keine gute Qualität gibt, weil nur zwei Lehrer da sind – es gebe natürlich auch noch weiteres Personal, z. B. die Erzieherinnen im Hortbereich.

Er wiederholt, dass es eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Standorten gegeben hat. Es sollte auch „gelebt werden“. Der Schulförderverein sollte zusammengeführt werden, die Gemeinde habe sich engagiert, in den Schulspielplatz wurden über 100 TEuro investiert, der Schulgarten wurde in Ordnung gebracht. Ebenfalls wurde an der Fassade des Gebäudes etwas getan. Die Gemeinde habe immer Verantwortung übernommen, obwohl es die Gemeinde formal nichts angeht. Natürlich wurde die Verantwortung übernommen, weil gesehen wurde, dass in anderen Schulen mit mehr Kindern die Notwendigkeit prioritär höher ist, keine Frage. Der Schulförderverein sei immer sehr aktiv gewesen und habe viel getan und möchte auch in Zukunft „seine Hausaufgaben“ machen. Jetzt werde das Brandschutz-Problem aus der „Schublade gezogen“. Dann dürfte in vielen Schulen kein Unterricht mehr stattfinden. Das Argument sei „aus der Schublade gezogen“ worden. Es gebe einen gewissen Bestandsschutz und es gebe schon Signale aus der Wirtschaft, die über den Förderverein mitgeteilt wurden, die Probleme zu lösen, ohne dass es die Kreiskasse groß belastet.

Herr Greunke bezieht sich im Folgenden auf seine Funktion als Verbandsvorsitzender des ZAL und die vielen Brunnendörfer, die es bei seinem Amtsantritt gab. Diese Probleme konnten gemeinsam mit der kommunalen Familie gelöst werden. Alle Gemeinden haben die Investitionen solidarisch mitgetragen.

Herr Greunke ruft die Solidargemeinschaft der kommunalen Familie auf. Die Gemeinde Ponitz habe zu jeder SNP gefordert „erhaltet uns – wir werden uns entwickeln“. Die Gemeinde habe auch geliefert. Das Bauordnungsamt des Landkreises könne dies bestätigen. Familien seien in den Landkreis zugezogen, um den demografischen Wandel zu bekämpfen. Es werde immer vom demografischen Wandel geredet und dass alles zurückgefahren werden muss. Er könne sagen, dass dagegen gekämpft werden muss.

Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass sich die Menschen im Landkreis wohlfühlen und Familien gründen. Er müsse nicht begründen, wie wichtig dafür eine Schule für eine Gemeinde ist.

Was hat jetzt die Kreiskasse davon, dass sich die Gemeinde Ponitz gut entwickelt, fragt Herr Greunke. Die Zahlen der Steuermesskraft z. B. – 2020 wurde die Kreiskasse mit 650 TEuro die Kreiskasse über die Kreis- und Schulumlage unterstützt. Aufgrund der guten Entwicklung der Gemeinde werde die Gemeinde Ponitz den Landkreis in diesem Jahr mit ca. 1,2 Millionen Euro unterstützen. Der Gemeinde dann vorzuwerfen, sie müsste 100 TEuro investieren, finde er nicht in Ordnung. Die Gemeinde bringe Solidarität auch in anderen Bereichen. Er erinnert an die Ukraine-Krise – auch wenn Ponitz mit 1.500 Einwohnern eine kleine Gemeinde ist, wurde partnerschaftlich immer Verantwortung übernommen. Er erwartet heute vom Kreistag, dass auch einmal Solidarität mit der Gemeinde Ponitz als ländliche Gemeinde zeigt und der Änderungsantrag aus dem Schule-, Kultur- und Sportausschuss abgelehnt wird.

Zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, den diese bereits zurückgezogen hat, äußert Herr Greunke, dass er zu diesen sogar gesprochen hätte. Es sei völlig okay, dass sich mit diesen Dingen beschäftigt wird und dass die Zahlen auf den Tisch gehören. Man sei immer bereit, an Lösungen zu suchen, die den Kreis nicht zu sehr belasten. Abschließend bittet er nochmals um die Chance, der eigentlichen Beschlussvorlage der Verwaltung zuzustimmen, damit der Gemeinde Möglichkeiten gegeben werden, die Probleme zu lösen. Es sei völlig klar, dass im Moment die Kinder in Gößnitz gut aufgehoben sind. Er sei den Kolleginnen und Kollegen, die die Kinder zusätzlich aufgehoben haben, auch sehr dankbar, dass man sich im gemeinsamen Schulverbund auch hilft. Es müsse aber auch die Möglichkeit geben, wenn wieder Lehrer gefunden sind, dass ein guter Schulbetrieb in Ponitz stattfinden kann. Dem Schulförderverein sei er sehr dankbar. Zwei geeignete Bewerberinnen wurden gefunden, davon soll eine nach Ponitz. Das zeige auch, wie sich der Schulförderverein für beide Schulen einsetzt; eine Lehrerin soll nach Gößnitz gehen, um dort wiederum eine Lücke zu füllen. „Wir denken gemeinsam und wollen gemeinsam unter dem Gößnitzer Dach eine erfolgreiche Grundschule Gößnitz/Ponitz sein“, so Herr Greunke abschließend.

Der Vorsitzende Herr Gumprecht stellt fest, dass alle Fraktionen zu Wort gekommen sind. Er verweist darauf, dass zwei Änderungsvorschläge vorliegen. Der weitergehende sei der des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport.

Er würde daher zunächst über den Änderungsvorschlag des Ausschusses abstimmen lassen und dass über das Gesamtpaket/Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass, wenn der Änderungsantrag des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport eine Mehrheit erhält, die Änderungen in den einzelnen Positionen des Schulnetzplanes, der als Anlage zu beschließen ist, eingearbeitet werden.

Diese Textstellen würden durch den Änderungsantrag ersetzt werden.

Er bittet den Ausschussvorsitzenden Herrn Zippel um Mitteilung des Abstimmungsergebnisses der Beschlussempfehlung.

Herr Zippel informiert, dass über jede in der Sachverhaltsdarstellung der Vorlage aufgeführte vorgesehene Änderung des Schulnetzplanes einzeln abgestimmt wurde. Alle Änderungen wurden mehrheitlich bestätigt, jeweils ohne Gegenstimme, einige einstimmig.

Bei der neu formulierten Änderung Ponitz betreffend habe es drei Enthaltungen gegeben, aber ebenfalls keine Gegenstimme.

Der Vorsitzende Herr Gumprecht ruft zur **Abstimmung über den Änderungsantrag des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport** auf.

Der Text/Beschlussvorschlag lautet: „**Beendigung des Filialmodells zum Schuljahr 2025/2026, Beschulung aller Schüler dauerhaft am Standort Gößnitz**“

Der Änderungsantrag erhält mit 22 Ja-Stimmen, 16-Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen eine Mehrheit.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der zweite Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE damit hinfällig werden würde. Herr Tempel bestätigt dies, da der betreffende Punkt im SNP nicht mehr enthalten ist.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über das Gesamtpaket des SNP, inklusive der eben beschlossenen Änderung des Filialmodell Ponitz betreffend.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 69:

Der Kreistag beschließt den in der Anlage beigefügten Schulnetzplan für die allgemein bildenden Schulen in Trägerschaft des Landkreises Altenburger Land für den Zeitraum 01. August 2025 bis zum 31. Juli 2030.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 23 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen gefasst.

Es folgt eine 12-minütige Pause, bevor in der Tagesordnung fortgefahren wird.

KT-DS/0079/2025

TOP 6 Kommunaler Aktionsplan für Menschen mit Behinderung

Der Vorsitzende ruft o. g. KT-Drucksache auf und teilt mit, dass der kommunale Aktionsplan bereits in drei Ausschüssen vorgestellt wurde.

Herr Plötner regt an, dass einige Worte zu dem Plan ausgeführt werden. Menschen mit Behinderung sollten wieder mehr in den Fokus gerückt werden.

Frau Katrin Meißner, kommunale Behinderten- und Inklusionsbeauftragte, erhält das Wort. Eine **Power-Point-Präsentation** ist im Kreistagsinformationssystem unter dem Tagesordnungspunkt eingestellt.

Die Grundlage sei die UN-Behindertenrechtskonvention, die seit 2009 in Kraft getreten ist. Ziel des Planes sei es, Menschen mit Behinderungen eine selbstbestimmte diskriminierungsfreie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Die

Erstellung des Aktionsplanes sei Pflicht, es werde aber auch als Chance für die Gestaltung einer inklusiven Verwaltung gesehen, so Frau Meißner.

Im Verlauf der weiteren Ausführungen erfolgen Erläuterungen zum Ablauf der Erstellung des Aktionsplanes und die Erläuterung der definierten acht Handlungsfelder. Finanzielle Auswirkungen habe der Plan nicht, aber einzelne Maßnahmen müssten gesondert geprüft und beschlossen werden.

Der Plan sei ein großer Schritt für Inklusion und Chancengleichheit im Landratsamt. Nichts sei „in Stein gemeißelt“, es werde eine ständige Überprüfung und Anpassung geben.

Herr Gumprecht bemerkt, dass die Erstellung des Planes ein wichtiger Schritt gewesen sei. Nachdem in den ersten Jahren 1990 – 2000 sehr viel geschehen ist, sei das Thema in den letzten Jahren in Vergessenheit geraten. Insofern sei es ein Schritt in die richtige Richtung.

Herr Tempel zeigt eine Wortmeldung an. Er sei froh, dass über das Thema gesprochen wird, weil die Arbeitsfelder sehr vielfältig sind. Es gab aber auch den Satz, dass es keine finanziellen Auswirkungen gibt und dies sei das Problem. Er halte den Aktionsplan ungefähr so gut wie den Sportstättenentwicklungsplan. Das Papier werde benötigt. Entscheidend werde sein, dass bei den HH-Beratungen nicht nur über die Kreisumlage diskutiert wird, sondern dass evtl. auch solche Aufgabenstellungen ernst genommen werden.

Er verweist auf die Ausführungen des Landrates, dass in viele Verwaltungsgebäude bereits Fahrstühle eingebaut wurden, aber es gebe auch noch Objekte, wo dies nicht möglich ist und diese aber sehr bürgerfrequentiert sind. Dies seien die Aufgabenstellungen, die nicht mit diesem Plan geklärt werden können.

Seine Fraktion werde diesem Plan zustimmen, aber es liege auch am Kreistag selbst, in Zusammenarbeit mit der Verwaltung Messbares für die betroffenen Bürger entstehen zu lassen.

Herr Melzer gibt Herrn Tempel recht; es handelt sich um einen Plan. Beim Sportstättenrahmenplan sei damals bemängelt worden, dass angeblich die betroffenen Personen in den entsprechenden Einrichtungen nicht gut genug beteiligt worden sind. Beim kommunalen Aktionsplan sei es so, dass der Plan als Pflichtaufgabe für die Objekte des Landratsamtes aufgestellt worden ist. Nach einem Aufruf bei Kitas und Kommunen sei der Plan aber auch erweitert worden. Die Verwaltung werde weiter an dem Plan arbeiten. Es werde auch nach Möglichkeiten gesucht, erhöhte Förderungen zu bekommen, deshalb soll es auch jetzt beschlossen werden. Es gehe aber nicht nur um Baumaßnahmen, es gehe um Teilhalbe, z. B. auch um einfache Sprache.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Mitteilung der Abstimmungsergebnisse der Beschlussempfehlung.

Frau Rath teilt mit, dass die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt und Bau einstimmig erfolgt ist.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat die Annahme ebenfalls einstimmig empfohlen, informiert Herr Plötner.

Herr Melzer teilt mit, dass der Kreisausschuss die Annahme ebenfalls einstimmig empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 70:

Der Kreistag beschließt den kommunalen Aktionsplan für Menschen mit Behinderung im Landratsamt Altenburger Land gemäß beigefügter Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 39 Ja-Stimmen gefasst. Ein Mitglied hat sich nicht an der Abstimmung beteiligt.

KT-DS/0078/2025**TOP 7 Entsendung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern in den "Örtlichen Beirat" des Jobcenters Altenburger Land**

Der Vorsitzende teilt mit, dass bereits vier Vorschläge für die Besetzung aus den Fraktionen vorliegen. Die Vorschläge werden in der Reihenfolge des Eingangs auf der Leinwand für alle sichtbar angezeigt: Herr Ralf Plötner, Herr Max Bretzmann, Herr Thomas Gumprecht, Herr Thomas Hoffmann.

Herr Plötner meldet sich zu Wort und teilt mit, dass er die Kandidatur von Herrn Max Bretzmann als ordentliches Mitglied unterstützen möchte. Er würde als stellvertretendes Mitglied zur Verfügung stehen.

Der Vorsitzende erläutert nochmals das Abstimmungsprozedere. Es wird einzeln über jeden Vorschlag abgestimmt. Erhält ein Kandidat die Mehrheit, so ist dieser entsendet. Erhält ein Kandidat keine Mehrheit, wird über den nächsten Vorschlag abgestimmt. Er ruft zur Abstimmung über den Vorschlag Max Bretzmann auf. Dieser Vorschlag erhält die Mehrheit.

Es folgt die Abstimmung über den nächsten Vorschlag für die Entsendung als ordentliches Mitglied Thomas Gumprecht. Dieser Vorschlag erhält ebenfalls eine Mehrheit.

Fortgefahren wird mit der Abstimmung über Herrn Max Bretzmann als stellvertretendes Mitglied für Herrn Ralf Plötner.

Nach Rückfrage bestätigt Herr Senftleben, dass Herr Thomas Hoffmann, da heute nicht anwesend, mitgeteilt habe, dass er als stellvertretendes Mitglied zur Verfügung steht. Beide Vorschläge – Herr Plötner sowie Herr Hoffmann – erhalten eine Mehrheit.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 71:

Der Kreistag schlägt nachfolgende Mitglieder und stellvertretende Mitglieder in den „Örtlichen Beirat“ des Jobcenters Altenburger Land vor:

1. Mitglied: Max Bretzmann**Stellvertreter:** Ralf Plötner**2. Mitglied:** Thomas Gumprecht**Stellvertreter:** Thomas Hoffmann**Abstimmungsergebnis:**

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung jeweils 40 Mitglieder anwesend.

Die einzelnen Abstimmungsergebnisse lauten wie folgt:

Herr Max Bretzmann wurde mit 27 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen als Mitglied in den "Örtlichen Beirat" entsendet.

Herr Thomas Gumprecht wurde mit 27 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen als Mitglied in den "Örtlichen Beirat" entsendet.

Herr Ralf Plötner wurde mit 26 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen bei einer Stimmenthaltung als stellvertretendes Mitglied für Herrn Max Bretzmann in den "Örtlichen Beirat" entsendet.

Herr Thomas Hoffmann wurde mit 33 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen bei einer Stimmenthaltung als stellvertretendes Mitglied für Herrn Thomas Gumprecht in den "Örtlichen Beirat" entsendet.

KT-DS/0080/2025

TOP 8 Erstellung eines Personalbedarfskonzeptes für die Verwaltung des Landkreises Altenburger Land

Herr Melzer führt in den Sachverhalt ein. Er erinnert an den Haushaltsbegleitbeschluss vom 27. November 2024. Die Verwaltung habe sich der Sache angenommen und möchte dem Kreistag empfehlen, dass das Konzept erarbeitet wird, mit dem Ziel, die entsprechende Personalreduzierung vorzunehmen. Die Verwaltung ist der Auffassung, so Herr Melzer, dass vor allem aufgrund der Akzeptanz der erarbeiteten Dinge, der spezialisierten Kenntnisse, aber auch noch anderer Gründe die Erstellung des Konzeptes durch einen Dritten erfolgen soll.

Man habe mit dem kommunalen Arbeiterverband gesprochen, welche Büros dafür geeignet wären. Auf zwei Büros sei man zugegangen, um ein Angebot zu erhalten – zum zeitlichen Umfang und zu den Kosten. Der Zeitumfang würde ca. 1 Jahr betragen, d. h. wenn nach der Sommerpause begonnen werden könnte, würde mit der HH-Planung für das Jahr 2027 ein Ergebnis vorliegen. Die Kosten würden ca. 150 bis 160 TEuro Netto betragen. Konkret wisse man dies aber erst, wenn die Ausschreibungsergebnisse vorliegen.

In der Vergangenheit habe es bereits mehrere Gutachten für verschiedene Bereiche gegeben, teilweise mit externer Bekleidung. Alle diese Projekte liefen sehr lange, so Herr Melzer. Die Personalanalyse aus dem Jahr 2015 habe ergeben, dass der Landkreis eine angemessene Personalausstattung habe.

Trotzdem müsse sich die Verwaltung über die Personalentwicklung im Landratsamt Gedanken machen. Das Thema werde sehr ernst genommen.

In den Diskussionen in den vorberatenden Ausschüssen sei bemängelt worden, dass es die Verwaltung als nicht zielführend erachtet, dass eine konkrete Prozentzahl vorgegeben worden ist, sondern dass die Analyse ergebnisoffen durchgeführt werden soll. Dahingehend müsse klar gesagt werden, dass die Verwaltung natürlich zu den 5 Prozent steht, aber man müsse auch ehrlich miteinander umgehen. Die Fachbereiche müssen einzeln betrachtet werden. Es wird Bereiche geben, bei denen evtl. sogar mehr Personal benötigt wird; es werde aber auch Maßnahmen geben, die man sich nicht mehr leisten kann.

Die 5 Prozent werden im Hinterkopf behalten; es müsse aber alles offen gemacht werden und letztlich müsse es über den Stellenplan oder die Vorstellung des Konzeptes entschieden werden, wie soll es im Landkreis mit dem Personal weitergehen.

Heute gehe es um die Grundsatzentscheidung, soll es extern gemacht werden oder nicht.

Herr Reinboth ergreift das Wort. Er bezieht sich auf den Änderungsantrag, der in der Kreistagssitzung am 27. November 2024 mit 31 Ja-Stimmen beschlossen wurde und der zum Inhalt hatte, den Personalbestand um mindestens 5 Prozent bis zum HH-Jahr 2027 zu reduzieren. Jetzt liege von der Verwaltung eine Beschlussvorlage vor, in der steht, dass eine festgelegte Zielgröße nicht als zielführend erachtet wird. Das Konzept soll aber ca. 200 TEuro kosten. Das würde bedeuten – wenn keine Zielvorgabe enthalten ist und es kommt heraus, dass der Personalbestand in Ordnung und angemessen ist, dass 200 TEuro „in den Sand gesetzt“ wurden.

Der Vorsitzende äußert, dass der Landrat gerade eben darauf hingewiesen hat, dass es eine etwas unglückliche Formulierung in der Sachverhaltsdarstellung der Vorlage ist. Er betont, dass nicht über den Sachverhalt beschlossen wird, sondern der Beschlussvorschlag maßgeblich ist. Ob am Schluss 17 Prozent oder 3 Prozent herauskommen, das sei offen.

Herr Paulicks äußert, dass seine Fraktion grundsätzlichen befürworten können, das auf diesem Weg zu machen. Der Kreistag habe dann über den Haushalt 2027 zu entscheiden und wenn in diesem Haushalt weniger als 5 % Personalreduzierung enthalten sind, dann könne man ja die Zustimmung zum Haushalt und damit zum Stellenplan verweigern. Dann werde erst entschieden, wie viel am Ende eingespart wird. Allen sei bekannt, dass etwas getan werden muss und deshalb sei es die beste und kostengünstigste Lösung als mehrere Mitarbeiter abzustellen, die sich darum kümmern. Mit einem externen Beauftragten gebe es eine unabhängige Expertise.

Herr Tempel bemerkt, dass es heute das zweite schwierige Thema sei. Die Fraktion DIE LINKE sei nicht so begeistert von dem im November 2024 gefassten Beschluss gewesen, aber demokratisch getroffene Beschlüsse werden respektiert, d. h. der Beschluss müsse umgesetzt werden. Es gebe den Auftrag, das Personal in der Quantität und möglichst auch in der Qualität zu überprüfen im Hinblick auf die HH-Lage des Landkreises.

Die Frage ist, was dabei herauskommt. Wenn das Geld nicht ausgegeben wird und die Verwaltung sich selbst evaluiert, komme das heraus wie beim letzten Personalbedarfskonzept, nämlich dass die Verwaltung auskömmlich ausgestattet ist. Er könne jetzt schon ziemlich genau sagen, wer das nicht glauben wird. Hinzu komme, dass der Antrag im letzten Kreistag etwas unglücklich formuliert wurde. Es geht eben nicht darum, 5 Prozent Personal einzusparen, sondern es gehe darum, Geld einzusparen. Es gebe viele Stellen im Haushalt, die gar nicht selbst bezahlt werden, sondern zu den HH-Stellen gebe es auch eine Einnahmeseite, d. h. diese 5 Prozent können ohne Probleme eingespart werden, haben aber dennoch keinen Cent Geld eingespart. Schon deswegen sei diese Formulierung tatsächlich nicht zielführend, jetzt fünf Prozent zu schreiben. Letztendlich sei es die Zielstellung, die Möglichkeit zu finden, Mittel einzusparen. Grundsätzlich halte er das auch für richtig. Die Frage sei aber – Gehen wir das richtig an? Es gehe wieder nur um die HH-Lage bzw. die „heilige“ Kreisumlage. Er habe in den ganzen Diskussionen nicht gehört, dass es auch darum geht, die Arbeit der Verwaltung für den Landkreis besser zu machen. In den Ausschussarbeiten habe er immer nur etwas von Personalmangel gehört, z. B. was den Baubereich betrifft. Die Arbeitsanalyse müsse bei einem externen Herangehen mit beinhaltet sein, dass genau geschaut wird, was eigentlich die tatsächlichen Aufgaben sind. Er sehe durchaus eine Chance, nur werde „das Pferd von hinten aufgezäumt“. Es werde auf allen Ebenen von Entbürokratisierung gesprochen, d. h. zu überprüfen, wo in einer Verwaltung Arbeitsschritte sind, die das ganze Rad behäbiger machen und wo Einsparpotential da ist. Er sehe z. B. noch nicht die große Einsparung durch die

Digitalisierung. Das könne eine solche Überprüfung durchaus machen, zu schauen, wo ein solches Einsparpotential eben nicht genutzt wird.

Seine Fraktion DIE LINKE habe durchaus Angst, wenn sie sehe, woher das Geld genommen wird – von den sozialen Schlüsselzuweisungen. Am Ende gebe es immer die Empfehlung, um das Personal zu streichen, müsse noch dieses und jenes geleistet werden. Dann sehe er, dass der Rotstift im sozialen Bereich angesetzt wird. Da sei es am leichtesten, denn keiner wird sagen, dass im Baubereich weniger Ingenieure gebraucht werden.

Deswegen habe seine Fraktion das Problem – Was kommt am Ende dabei heraus? Wie der Kreistag damit umgeht, habe man bei der letzten HH-Planung gesehen. Die Kürzungen waren im Wesentlichen im sozialen Bereich und beim Jugendförderplan. Das ist nicht nochmal gewollt.

Er richtet sich an den Landrat und bemerkt abschließend, dass grundsätzlich der Schritt, den KT-Beschluss glaubhaft durch einen externen Anbieter umzusetzen, als richtig angesehen wird. Aber in der Befürchtung dessen, dass der zweite Schritt vor dem ersten getan wird und dass es letztlich darauf hinausläuft, dass es wieder nur Streichungen im sozialen Bereich sind, werde seine Fraktion nicht zustimmen können, zumindest nicht vollumfänglich. Jeder sei in seiner Stimme frei.

Er verweist nochmals auf die Studie aus dem Jahr 2015. Er glaubt nicht, dass sich das großartig geändert hat. Ja, das Personal sei mehr geworden, die Aufgaben aber auch, im Wesentlichen im sozialen Bereich und das seien Pflichtaufgaben. Das alles spiele zu wenig eine Rolle. Er habe nicht den Glauben, dass das in so kurzer Zeit tatsächlich alles auf den Prüfstand zu stellen ist, sondern dass nur dort gestrichen wird, wo es am leichtesten ist. Das bedeutet, dass Leistungen des Landkreises für die Bevölkerung – für finanziell die Schwächeren – gestrichen werden. Damit habe er „große Bauchschmerzen“. Er persönlich werde sich deshalb enthalten.

Herr Liefländer kann diese Bedenken, die die Fraktion DIE LINKE äußert, in keiner Weise nachvollziehen. Zum einen gehe es überhaupt nicht um die Kreisumlage, sondern es gehe darum, die Verwaltung effizienter zu machen. Zum anderen schreiben sich alle Politiker auf die Fahnen, die Verwaltung schlanker zu machen. Das gehe nur von oben nach unten, d. h. die Landesregierung müsse anfangen, Vorschriften abzubauen, Kontrollpflichten abzuschaffen usw. Dann könne der Kreistag reagieren. Wichtig sei es doch, diese Schaltstellen herauszufinden. Was das mit dem sozialen Bereich zu tun haben soll, wenn das gesamte Personal des Landkreises untersucht wird, erschließe sich ihm einfach nicht. Dass als Deckungskreis die Mittel aus dem Sozialhaushalt angegeben sind, habe nichts damit zu tun, dass das Geld irgendwo aus dem Kreis-HH kommen soll. Auf dem Euro steht nicht, ob der sozial ist oder aus dem Baubereich kommt. Es ist immer der Euro des Landkreises, der für diese Untersuchung ausgegeben werden muss.

Frau Sojka äußert, dass sie aus eigener Erfahrung heraus weiß, dass es ein permanenter Prozess ist. Man könnte viel leisten, wenn die Digitalisierung so vorangetrieben werden würde, dass es in den Landkreisen gleiche Software-Verfahren usw. geben würde. Es ließe sich viel vereinfachen, aber nicht aus der Sicht des Kreises selbst. Denn die Aufgaben sind da und man könne doch nicht wollen, dass Anträge jedweder Art noch viel länger dauern. Es gebe gegenüber dem Bürger die Pflicht, Dinge zu bearbeiten.

Sie wisse, dass diese Dinge auch permanent in den Beratungen in den Fachdiensten sind.

Sie habe ein déjà vu. Sie erinnert sich, dass Herr Melzer ehrenamtlicher Beigeordneter war und er, Herr Ronneburger und Herr Wolf mächtig darauf gedrungen haben, dass genau das untersucht wird. Und weil man die größten Kritiker einbeziehen soll, habe sie

damals überlegt, dass Herr Melzer als ehrenamtlicher Beigeordneter diese Arbeitsgruppe leitet, gemeinsam mit dem KAV.

Jetzt werde kein anderes Ergebnis herauskommen, solange nicht die Bundes- und Landesgesetze entbürokratisieren. Davon sei sie überzeugt. Man könne sich das Geld eigentlich sparen.

Sie richtet eine Frage an Herrn Melzer. Sie hatte damals auch vorgeschlagen, das extern machen zu lassen, da es sonst sowieso keiner glaubt. Herr Melzer habe damals darauf gedrungen, die sparsamste Variante zu nehmen, nämlich den KAV einzubeziehen. Die Mitarbeiter müssen sowieso ganz viel zuarbeiten. Das machen nicht die Externen. Die Mitarbeiter werden von der Arbeit abgehalten. Sie verstehe das Ansinnen von Herrn Melzer und auch, dass ehrenamtliche Kreistagsmitglieder nicht alle den Einblick haben. Sie werde aber persönlich dagegen stimmen.

Herr Melzer entgegnet, dass er eingangs bereits einen entscheidenden Punkt erwähnt habe und der heiße „Akzeptanz“ – er gehe davon aus, dass Frau Sojka weiß, dass er Vorsitzender des KAV Thüringen ist.

Er könne auch sagen, dass diese KAV-Einheit sehr klein ist und sich im Generationenwechsel befindet. Der KAV könne nicht ein Jahr lang dazu verwendet werden, den Landkreis Altenburger Land zu prüfen. Dem könne er als Vorsitzender nicht zustimmen.

Was wurde der Verwaltung denn in der Vergangenheit vorgeworfen? Dass eine große Tabelle vorgelegt wurde, dass seit 2016 ca. 160 Personen eingestellt wurden. Er verweist auf den Vorbericht zum Stellenplan. Da sei in jedem Jahr aufgeführt, wer eingestellt wurde und warum. Es gebe diesbezüglich sicherlich Änderungen in den letzten 10 Jahren. Da seien Dinge dabei, die bereits angesprochen worden sind, wie z. B. das Lindenau-Museum. Wenn es im nächsten Jahr mit dem Zweckverband gelingt, werde der Stellenplan um 42 Personen reduziert. Dann habe er die 5 Prozent erreicht, aber 0 Euro eingespart. Deshalb müssen Maßnahmen gefunden werden, bei denen wirklich Geld eingespart wird. Dazu sei die Verwaltung nicht in der Lage und deshalb werbe er dafür, dass es auf die Art und Weise mit einem externen Anbieter gemacht wird. Viele Unternehmen machen das mit externer Betreuung, weil denen auch das entsprechende know how zur Verfügung steht und es gebe auch Büros, die das durchaus können.

Herr Senftleben bemerkt, dass bei einer Firma, die auch noch möglicherweise exportorientiert unterwegs ist, derartige Berater ständig im Hause sind. Ständig werden Strukturen und Abläufe hinterfragt und auf Effizienz gedrungen.

Bei Verwaltungen und Einrichtungen sei dies ganz anders. Dort bedarf es eben spezieller Impulse, dass in dieser Richtung etwas passiert.

Es sei auch bekannt, dass es Beschäftigungszuwächse in den letzten Jahren nur noch im Bereich der Verwaltung gegeben hat, egal ob Bund, Land oder Landkreis.

Bei den Firmen, die die Wertschöpfung bringen, habe es derartige Zuwächse in dieser Form nicht gegeben.

Es werde immer gesagt, dass Bürokratie ein Hemmnis für die Wirtschaft ist. Er denke, dass das auch jeder unterschreiben würde.

Er habe sich die Zahlen der Beschäftigten der einzelnen Landkreise in Thüringen pro Einwohner herausgesucht. Es gebe Landkreise, bei denen 1 Mitarbeiter auf 122 Einwohner, es gebe aber auch einen Landkreis ca. 200 Beschäftigten pro Einwohner. Der Landkreis Altenburger Land liege im Mittelfeld mit ca. 155 Einwohnern pro Mitarbeiter.

Bezüglich des KT-Beschlusses hätte man evtl. besser sagen können, dass die Verwaltung zukunftsfähiger gemacht werden soll, auch im Hinblick auf die oft beschworene demografische Situation.

Jedenfalls sehen alle, dass Handlungsbedarf gegeben ist. Da aber nach eigenem Bekunden die Verwaltung dies nicht selbst machen möchte, müsse jemand Externes beauftragt werden.

Herr Lahr bemerkt, dass das, was Herr Senftleben vorgetragen hat, eine wichtige und entscheidende Frage sei, die bereits am 27. November 2024 stand. Damals wurde „aus der Kalten heraus“ dieser Beschluss gefasst.

Er erinnere sich noch an den Disput von damals. Er habe damals schon die Frage gestellt, ob die CDU/FDP-Fraktion dem HH nicht zustimmt, wenn der Änderungsantrag nicht beschlossen wird. Diese Frage sei offengeblieben. Da keine Zeit war, diese entscheidende Frage vorher abzuklären, gebe es jetzt das Dilemma bereits bei der einfachen Interpretation. So, wie der Beschluss damals eingebracht wurde und wie er gewirkt hat, sei die klare Beschlusslage gewesen, dass der Landrat 5 Prozent Personalbestand zu reduzieren hat. Und nicht, dass eine Studie erbracht wird, die prüft, ob das möglich ist, geschweige denn, ob das vom Controlling der Verwaltung selbst durchgeführt wird oder durch Externe. Er könne wieder nur spekulieren, aber wenn damals die Diskussion von heute geführt worden wäre, dann hätte es keinen HH-Beschluss gegeben. Dies sei auch seine scharfe Kritik bei der HH-Verabschiedung gewesen, dass solche wesentlichen Fragen in so einem Beschluss vorgebracht werden, ohne klare Definition. Es stehe „Reduzierung des Personalbestandes“ – Herr Melzer habe dazu eine kurze Bemerkung getätigt, dass das schnell erreicht werden könnte.

Die Reduzierung des Personalbestandes per Definition dieses Beschlusses kann die Verwaltung innerhalb von 14 Tagen durchführen, weil nicht steht „aus dem Bestand des LRA“, gemeint sind eigentlich die Kosten gemeint. Wenn Personal reduziert wird, welches vom Land getragen wird, weil es um Projektförderung geht, dann wäre das sofort umgesetzt.

Dieser Beschluss sei eine Katastrophe gewesen im Zusammenhang mit einem Haushalt in Millionenhöhe. Jetzt zeige sich dieses Dilemma. Es werde ad absurdum geführt, weil der nächste KT Ende Juni ist, dann ist Sommerpause und im September werde über den nächsten HH geredet und dann sei das Thema vergessen. Die Verwaltung habe es selbst vorgetragen, dass eine Reduzierung des Personals und damit der Kosten für unwahrscheinlich gehalten wird. Daher werde empfohlen, das extern zu machen.

Er sage, das Ergebnis werde sein, dass 200 TEuro ausgegeben werden und aber nichts gespart wird. Er lehne den Beschlussvorschlag klar ab.

Weitere Wortmeldungen werden nicht angezeigt.

Der Finanzausschuss hat mit 5 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen die Annahme empfohlen, teilt Herr Nündel mit.

Herr Melzer teilt mit, dass der Kreisausschuss einstimmig die Annahme empfohlen hat.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 72:

Nachfolgender Beschlussvorschlag wurde **mehrheitlich abgelehnt:**

Der Kreistag beschließt, sich eines externen Dienstleisters zum Zweck der Erstellung eines Personalbedarfskonzepts zu bedienen und beauftragt den Landrat, ein entsprechendes Ausschreibungsverfahren einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschlussvorschlag wurde mit 17 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Melzer äußert, dass er das Ergebnis zur Kenntnis nimmt.

KT-DS/0076/2025

TOP 9 Berufung eines sachkundigen Bürgern in den Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau (Antrag der AfD-Fraktion)

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr.: 73

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beruft **Herrn Benno Knoth** als sachkundigen Bürger in den Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Herr Benno Knoth wurde mit 38 Ja-Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen als sachkundiger Bürger in den Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau berufen.

KT-DS/0075/2025

TOP 10 Berufung eines sachkundigen Bürgers in den Finanzausschuss (Antrag der AfD-Kreistagsfraktion)

Vor der Abstimmung über die KT-Drucksache meldet sich Herr Paulicks zu Wort. Er erklärt, dass die SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion an der Abstimmung nicht teilnehmen wird, da der aufgestellte Torben Braga als Neonazi mit seinen blauen Kornblumen bekannt ist und das könne nicht akzeptiert werden. Wenn die AfD-Fraktion einen anderen Kandidaten aufstellt, dann sicher gern, aber nicht in diesem Fall.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr.: 74

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beruft **Herrn Torben Braga** als sachkundigen Bürger in den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Herr Torben Braga wurde mit 20 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen als sachkundiger Bürger in den Finanzausschuss berufen. Vier Mitglieder des Kreistages haben sich nicht an der Abstimmung beteiligt.

Der Vorsitzende beendet die öffentliche Sitzung und bittet um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit. Nach einer kurzen Unterbrechung wird die Kreistagssitzung mit dem nicht öffentlichen Teil fortgesetzt.

Altenburg, den 9. Mai 2025

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Christian Gumprecht
Ausschussvorsitzender

Kerstin Gabler
Büro des Kreistages